

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

79 (5.4.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlag: Die Spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 3. Lokalnummer 1111. Schlusß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Probe aufs Exempel

Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag wird uns geschrieben:

Am 2. April ist der Landtag wieder zusammengetreten, um die noch restierenden zahlreichen Arbeiten zu erledigen. Es ist ganz begreiflich, wenn diesem Landtag, eines auch kleinen Ländchens mit 100 689 Einwohnern in 160 Gemeinden, in welchem eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, großes Interesse entgegengebracht wird. Bei Beginn der letzten Tagung herrschte allgemein, auch unter denen, welche die Verhältnisse des Landes genau kennen, die Auffassung, daß es abermals zum baldigen Krach kommen müßte. Es konnte vom Minister von der Rede nach seiner bisherigen Tätigkeit nicht vorausgesehen werden, daß er nachgeben würde. Sätte er doch erst im September 1912 einem Interviewer auf die Frage, ob der Minister ein Auskommen mit der Sozialdemokratie des Landtags, sofern sie den positiven Willen zur Mitarbeit zeige, für möglich halte, mit einem glatten „Nein“ geantwortet. Aber auch der Rücktritt des Ministers war nicht zu erwarten. Ist es ja schon bei Ministern des Reiches zur Gewohnheit geworden, aus einem ihnen erteilten Mißtrauensvotum nicht die Konsequenz zu ziehen, viel weniger läßt sich ein „Nein“ durch ein Mißtrauensvotum bewegen, von seinem Posten zurückzutreten, auch wenn es vom Landtag einstimmig abgelehnt wurde. Das erstmal geschah es, als der Landtag das Beamten-Beurlaubungs-Gesetz einstimmig ablehnte; nicht etwa, weil das Beamten die Zulagen nicht zu gewähren, sondern weil das Gesetz ohne Zustimmung des Landtags von der Regierung erlassen wurde. Wo aus rein verfassungsmäßigen Gründen. Dem Minister wurde ausdrücklich und gegen nur eine Stimme ein Mißtrauensvotum erteilt, wobei ihm von bürgerlicher Seite der Vorwurf gemacht wurde, daß er sich außerhalb des Gesetzes gestellt habe. Ferner kam es zu heftigen Auseinandersetzungen während der Erörterung bei dem Titel Ministergehalt. Rede drohte bekanntlich, sein Gehalt, wenn es ihm nicht bewilligt werde, beim Landgericht einzuklagen. Bei der Beratung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes wurde ein Antrag, dem Minister ebenfalls eine Aufbesserung zu gewähren, abgelehnt. Trotz alledem wandt und weicht er nicht. Ein Konflikt, sei es durch abermalige Auflösung, sei es durch Rücktritt des Ministers, kam also nicht, der Landtag konnte arbeiten. Und er hat in 54 Tagen ein großes Stück Arbeit geleistet. Die sozialdemokratische Mehrheit hat gezeigt, daß sie gewillt ist, im Rahmen der Verfassung und der Gesetze mitzuarbeiten. Es wurden neben vielen großen und kleineren Gesetzen ein neues Beamten- und Lehrerbefoldungsgesetz und der Etat unter Dach und Fach gebracht. Ganz selbstverständlich sind im Etat eines kleinen Staates auch Positionen, die für einen Sozialdemokraten unannehmbar sind, aber um den Gesamtetat nicht zu Falle zu bringen, und um wieder geordnete Finanzverhältnisse im Lande zu schaffen, mußten einige bittere Pflän mit geschluckt werden. Die Regierung arbeitete ja schon im zweiten Jahre nach dem alten Etat. Sinzu kam, daß durch die Umwälzung im Wirtschaftsleben, durch Verteuerung der Erzeugnisse des Staatsforstes, aus denen fast die Hälfte aller Einnahmen des Landes fließt, die Regierung mit ganz erheblichen Ueberschüssen arbeiten konnte. Die Ueberschüsse können aber nach Ansicht der Regierung und ihres Gutachters Dr. Laband ohne Verletzung der Verfassung zu Maßnahmen verwandelt werden, die im Verordnungs-Mat angeordnet sind. Wenn auch diese Frage strittig ist, so würde ein langjähriger Rechtsstreit doch kaum zum Ziele führen. Besser ist es dann schon, die Verfassung dahin abzuändern, daß sie klar besagt, was die Rechte einer konstitutionellen Regierung sind.

Ohne Aenderung des Grundgesetzes, auf welches die Abgeordneten verpflichtet sind, kann eine große Umwälzung des Staatswesens nicht erfolgen. § 28 des Grundgesetzes für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt lautet:

Für jede Finanzperiode von drei Jahren werden die Bedürfnisse des Staates und die zur Deckung derselben erforderlichen Mittel von der Regierung und dem Landtage festgestellt. Zu diesem Zwecke hat die Staatsregierung dem Landtage für jede Finanzperiode einen Ausgabe- und Einnahmestats vorzulegen. Für die Aufstellung und Feststellung dieses Stats sind die Grundsätze maßgebend, daß das Fürstentum jederzeit imstande sein muß, bundes- und vertragsmäßigen Verpflichtungen zu genügen, und daß die gesamte Staatsverwaltung eine solche Einrichtung erhalte, welche den wahren Bedürfnissen des Landes, sowie den Sitten, Gebräuchen und Verhältnissen in anderen wohlgeordneten, monarchischen deutschen Staaten von ungefähr gleichem Umfange entspricht. Der festgesetzte Etat wird in Form eines Gesetzes publiziert.

Es waren also der sozialdemokratischen Mehrheit in diesem kleinen Parlament Schranken auferlegt, wenn sie sich nicht außerhalb des Gesetzes stellen will. Dazu sind aber die gegenwärtigen Umstände nicht geeignet.

Es könnte die Frage aufgeworfen werden: Haben die Parteigenossen im Rudolstädter Landtag ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan? Ein genauer Kenner der Ver-

hältnisse wird das bejahen müssen. Der Etat ist so gestaltet worden, daß eine Ablehnung desselben Selbstmord gewesen wäre. Die vertragsmäßigen Gehälter des Fürsten und der Beamten mußten bewilligt werden, ebenso die vertragsmäßigen Sätze für die Kirche. Alle Mehrforderungen für letztere wurden abgelehnt. Selbstredend waren die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen, aber nachdem die Regierung absolut darauf bestand, glaubte die Mehrheit des Landtags, es nicht verantworten zu können, wegen 900 Mk. die Frage prinzipiell zuzuspitzen und den Etat scheitern zu lassen. Es wurde dann beschlossen, alle Orden und Titelverleihungen mit einer einmaligen Abgabe zugunsten der Staatskasse zu belegen.

Viele Verbesserungen wurden in den Etat hineingebracht. So wurden die Gehälter und Löhne der Angestellten ganz wesentlich erhöht. Für das Schulwesen wurden bedeutende Mittel bereitgestellt und der erste Schritt zur Uebernahme der Schulkosten auf den Staat getan. Die Regierung wurde gezwungen, die Wahlrechtsveränderungsvorlage zurückzuziehen, ein neues Einkommensteuergesetz einzubringen und ein neues Volksschulgesetz in Angriff zu nehmen. Auch die Trennung von Kirche und Staat wurde von der Regierung in Aussicht gestellt.

Das einmütige Vorgehen des Landtags gegen die Regierung in vielen Fragen hat auf bürgerlicher Seite Opfer gekostet. So wurden zwei alte Abgeordnete vom Bunde der Landwirte gemahregelt, weil sie für den sozialdemokratischen Präsidenten und für Beseitigung der Fleischnot eingetreten waren.

Die Tätigkeit des Landtags hat natürlich keine volle Befriedigung, weder bei der Mehrheit des Landtags noch bei vielen Beobachtern, gebracht. In manchen Punkten mag eine Kritik am Platze sein, aber sehr schwer dürfte es manchem Kritiker fallen, durchführbare Vorschläge in der Situation, in welcher sich der Rudolstädter Landtag befindet, zu machen.

In der gegenwärtigen Tagung kam noch viel getan werden und wird hoffentlich noch viel getan. Das Einkommensteuergesetz ist zu verabschieden. Die Gemeindeordnung bedarf einer gründlichen Umänderung. Ist doch in den ländlichen Gemeinden das Ortsbürgerrecht an Grundbesitz gebunden. Die Aenderung des Volksschulgesetzes darf nicht weit hinausgeschoben werden. Die Gefinbeordnung ist entweder zu beseitigen oder wesentlich zu verbessern. Die Trennung von Kirche und Staat ist nachdrücklich zu verlangen. Reformen im Berggesetz, in der Handhabung der Gewerbepolizei und in vielen andern Punkten sind unbedingt notwendig. Die Ausführungsgesetze nach den §§ 227, 236, 834 und 1034 der Reichsverfassungsordnung sind endlich zu erledigen. In andern Bundesstaaten ist das längst geschehen.

Die Parteigenossen werden ihr ganzes Können und ihre ganze Kraft verwenden müssen, auf der angezeigten Bahn Erfolge zu erzielen, zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung.

Soweit der uns zugegangene Artikel. Man wird unsern Rudolstädtern Genossen das Zeugnis nicht verweigern können, daß sie mit Fleiß und Geschick sich der ihnen gestellten schwierigen Aufgabe gewachsen zeigten. Das war aber nur möglich, indem sie über den Magdeburger Parteitagsschluß betreffend die Ablehnung des Budgets zur Tagesordnung übergingen. Gäßen sich unsere Rudolstädter Genossen an diesen Beschluß gebunden erachtet, dann wäre der Konflikt unausbleiblich gewesen. Daß der durch eine prinzipielle Budgetablehnung herausgeschworene Konflikt nicht zugunsten unserer Partei gelöst worden wäre, leuchtet ohne weiteres ein.

Der Rudolstädter Fall hat klar und deutlich gezeigt, daß die Magdeburger Resolution aufgehoben werden muß, denn sie ist praktisch einfach undurchführbar, die Demonstration mit der Budgetablehnung geht eben gerade nur so lange, als unsere Partei nicht die Verantwortung für die Folgen einer solchen nutzlosen Demonstration zu tragen hat. Die Gründe, welche jetzt unsere Rudolstädter Genossen für die Zustimmung zum Budget geltend machen, gelten genau ebenso für die staatsrechtlichen Verhältnisse aller übrigen Staaten. Ueberall haben die Staatsarbeiter und Beamten ein flagbares Recht auf ihren Lohn bezug, desgleichen hat die Kirche auf Grund von Gesetzen Anspruch auf Staatszuschüsse. So lange diese Gesetze bestehen, müssen die Zuschüsse geleistet werden. Daß man es wegen der Ausgabe für Orden nicht auf einen sehr gewagten Konflikt ankommen läßt, ist ebenfalls ohne weiteres einleuchtend. Die Ablehnung des Stats bringt keine Regierung in Verlegenheit, im Gegenteil, sie gäbe ihr

so wie die Dinge heute in Deutschland liegen, die willkommene Gelegenheit zur Rückwärtsredirektion der Verfassung. Alle diese durchschlagenden Gründe gegen die Budgetablehnung wurden seinerzeit von den süddeutschen Genossen auf dem Nürnberger bezw. Magdeburger Parteitag ins Feld geführt, leider vergeblich. Nun ist das gekommen, was kommen mußte, d. h. der Beschluß von Magdeburg hat sich bei der ersten Probe aufs Exempel als undurchführbar erwiesen.

Merkwürdigerweise beobachtet der Teil unserer Parteipresse, der sich seinerzeit nicht genug über den „Disziplinbruch“ der Badenser entriisten konnte, völliges Stillschweigen über den Rudolstädter „Disziplinbruch“. Wir machen den betreffenden Organen daraus absolut keinen Vorwurf, im Gegenteil, wir freuen uns aufrichtig über diesen Fortschritt in der politischen Erkenntnis, glauben aber zugleich auch der bestimmten Erwartung Ausdruck geben zu können, daß man endlich jenen verfehlten Beschluß, der unsere parlamentarischen Vertretungen an Händen und Füßen bindet und unsere ganze parlamentarische Aktion lähmt, aufgehoben wird. Die Partei kann nicht zweierlei Recht für die parlamentarischen Vertreter statuieren. Auch in Staaten, wo wir nicht die absolute Mehrheit der Abgeordneten haben, kann die Ablehnung der Budgets politisch sehr bedenkliche Folgen nach sich ziehen. In Baden machen wir beispielsweise durch die Ablehnung des Budgets die Regierung direkt abhängig vom Zentrum und helfen auf diese Weise mit, sehr verzwickte Situationen zu schaffen, die nur der Reaktion von Nutzen sind. Deshalb fort mit dem Magdeburger Beschluß. Er hat die Probe aufs Exempel nicht bestanden.

Schwarzblaue Taktik.

Ueber die Erledigung der Heeres- und Deckungsvorlagen herrschte noch am Mittwoch in den Abendstunden zwischen den Liberalen und der Rechten eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit. Die Nationalliberalen hätten am liebsten die Militärvorlage in Bausch und Bogen angenommen und vielleicht noch eine Resolution damit verknüpft, die den Kriegsminister zum weiteren Ausbau der Armee auffordert. Den Wehrbeitrag vermeinte man sich erledigen zu können, und die Frage der Deckung der fortwährenden Ausgaben wollte man im Herbst lösen. Von diesen Absichten wollte das Zentrum nichts wissen. Auch die Konservativen verhielten sich strikte ablehnend. Die schwarzblauen Parteien fürchten nämlich, daß, wenn erst die Heeresvorlage verabschiedet ist, dann noch eine Erbschaftsteuer im Reichstage beantragt und mit Mehrheit angenommen werden könnte. Herrn von Bethmann-Hollweg, der die Bülowische Finanzreform unterdrücken hat, traut man zu, daß er, wenn sich im Reichstag für die Erbschaftsteuer eine Mehrheit findet, auch bereit sein wird, diesen Vor zu geben. Das Zentrum und die Konservativen haben ihn im Verdacht, daß er nur deshalb kein Mantelgesetz, das die beiden Vorlagen als untrennbare Ganzes verbunden hätte, eingebracht hat, um mit wechselnden Mehrheiten arbeiten zu können. Das Zentrum besteht deshalb darauf, daß die beiden Vorlagen von ein und derselben Mehrheit im Reichstag verabschiedet werden. Wenn die Deckungsvorlage dem Wunsche des Zentrums nicht entspricht, dann ist man offenbar geneigt, Schwierigkeiten bei der Militärvorlage zu machen, um auf diesem Wege einen Konflikt herbeizuführen, der dann nur durch eine Auflösung des Reichstags gelöst werden könnte. Wie man bis jetzt hört, wird das Zentrum für die Erhebung des Wehrbeitrags eine Progression beantragen und zwar dergestalt, daß bei kleinen Vermögen ein geringerer Satz als 1/2 v. H., bei größeren Vermögen dagegen ein höherer Satz erhoben wird. Für einen solchen Antrag dürfte im Reichstag eine sichere Mehrheit vorhanden sein. Daß die Militärvorlage in ihrem vollen Umfange angenommen wird, daran besteht, nach allem, was man bisher hört, kein Zweifel. Höchstens werden sich die Fortschrittler zum Schein für Abstriche bei einzelnen Positionen erwärmen; sie werden sich aber hüten, einen Antrag zu stellen, der vielleicht die ganze Vorlage in Frage stellen würde. — Erstere Differenzen sind daher nur bei der Deckungsvorlage zu erwarten. Der Regierung liegt vor allen Dingen daran, endlich einmal den Etat bewilligt zu bekommen und man rechnet damit, daß, wenn der Reichstag nach Pfingsten wieder zusammentreten muß, die Arbeitsluft des Parlaments eine derartige Verminderung erfahren hat, daß zu langen, zeitraubenden Kämpfen wenig Neigung mehr vorhanden sein wird. Daß die Regierung darauf besteht, daß der Etat so schnell als möglich verabschiedet wird, beweist, daß sie für die Heeres- und Deckungsvorlagen völlig freie Hand zu haben wünscht. — Die Militärvorlage wird dann in zweiter Lesung in die Form eines Nachtragsetats geformt, also in den ordentlichen Etat nicht mit eingearbeitet.

Die Bauern und die Militär-vorlage.

Die Zentrumspreise sieht sich genötigt, von einer so eben erschienenen Schrift des bayerischen klerikalen Bauernführers Dr. Heim Notiz zu nehmen, in der die furchtbare Belastung des Bauernstandes mit den Opfern der allgemeinen Wehrpflicht zu anschaulicher Darstellung gelangt. In dieser Schrift, die den Titel führt „Um der Gerechtigkeit willen!“ und die im Verlage von Bau-

Vertical text on the left margin: ... 182 ... 30 ... 30 ... 30 ... 30 ... Karlsruhe ... platz 25 ... eingarten ... „Vorwärts“ ... eine ... feier ... 124 b ... Preislagen ... gratis ... Rasfaff ... 19 11

Kraftstelle des Bayerischen Bauernvereins in Regensburg verfaßt ist, weist Dr. Heim auf Grund eingehender statistischer Erhebungen nach, daß das flache Land und insbesondere der Bauernstand durch die Stellung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Militärdienstpflichtigen gegenüber den andern Volksschichten schwer benachteiligt ist und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht unbedeutend geschädigt wird. Die Last der Dienstpflicht, führt Dr. Heim aus, verchiebt sich immer mehr auf die kleinstädtische und ländliche Bevölkerung, und mit jeder neuen Vermehrung des stehenden Heeres wird die Last für diesen Teil der Bevölkerung immer größer und immer einseitiger und ungerechter. Der Bauernstand, der nur 28 Prozent der Bevölkerung zählt, stellt rund den doppelten Prozentsatz an Soldaten. Jeder Sohn in der Kaserne kostet dem Bauern jährlich mindestens 500 Mark; die neue Heeresvorlage bedeutet nichts anderes, als dem flachen Lande jährlich an Arbeitskräften 40 000 Mann zu entziehen und ihm — eine weitere Extralast von jährlich 20 Millionen Mark aufzubürden. Der Leutenmangel auf dem Lande wird sich wesentlich verschärfen. Denn die Fälle sind nicht selten, in denen Soldaten als Invaliden zurückkehren, oder überhaupt den Weg in die Heimat nicht mehr finden, sondern sich zu den großstädtischen Arbeitermassen gesellen. Es mangelt auch nicht an Beispielen, daß der Sohn als einziger Ernährer einer Familie nach dem Tode des Vaters trotz aller Vorstellungen vom Militär nicht freigegeben wurde und ganze Familien daran wirtschaftlich zugrunde gegangen sind.

Denkende bauerliche Leser der Heimischen Schrift werden begreifen müssen, daß die „bauernfeindliche“ Sozialdemokratie in Wahrheit die Interessen ganz besonders auch des Bauernstandes vertritt, wenn sie die Vermehrung des stehenden Heeres bekämpft und für eine Verkürzung der Dienstpflicht kämpft. Die Sozialdemokratie bekämpft aber auch die einseitige stärkere Belastung des Bauernstandes durch das einzig taugliche Mittel, indem sie für die körperliche Erhaltung und Kräftigung des städtischen Proletariats durch eine tiefgreifende Sozialpolitik eintritt. Die Bauern haben nur deshalb einen größeren Teil der Dienstpflicht zu tragen, weil der Kapitalismus die Arbeiter körperlich verkümmern läßt.

Obstruktion und Rebellion in Oesterreich.

Man schreibt uns aus Wien: Nicht die staatsgefährlichen Umstürzler: national und christlich gesinnte Parlamentarier sind es, die die parlamentarische Maschinerie lahmlegen, sehr lokale Fabrikanten, die ordnungsmäßig erlassenen Gesetzen offen den Gehorham verweigern. Natürlich handelt es sich dabei weder um militärische noch um steuerliche Volksbelastungen und ähnliche „Staatsnotwendigkeiten“, sondern bloß um Arbeiterschutzgesetze, die ja für den rechten Patrioten immer ein verdächtiges und verächtliches Ding sind. Während der Reichsrat alle die ungeheuerlichen Lasten und Rechtsbeschränkungen, die Wehrvorlage, Kriegsleistungs- und Steuererlasse drachten, mit stürmlichem Eifer und hingebendstem Fleiße der zur Vorarbeit berufenen Abgeordneten erledigt hat, kann der Sozialpolitische Ausschuss nicht zur Arbeit und Berichterstattung gelangen, trotzdem ihm eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesentwürfe zugewiesen ist. Seit einem Jahre hat der Ausschuss über das Zehnstundengesetz für Arbeiterinnen Bericht erstattet. Aber der Vorliegende, der eifrige christliche Sozialreformer Dr. Schöpfer, hat bis vor wenigen Tagen den Ausschuss nicht einberufen. Als dann die Sozialdemokraten tägliche Sitzungen zur Erledigung dieser Vorlage und des Wälder-Schutzgesetzes forderten, wurde diese Störung der Osterreich von Nationalen und Christlichen ebennmäßig abgelehnt. Schließlich sollte eine Sitzung am 1. April stattfinden. Aber plötzlich muß die Sitzung abgefragt werden, weil beide Referenten, ein deutsch-freiwirtschaftlicher Fabrikantvertreter und ein slowenischer, christlich-sozialer Pfarrer, verhindert sind. Das sind, wie die „Arbeiter-Zeitung“ dar-

legt, natürlich keine Zufälligkeiten. Auch der Sozialversicherungsanspruch ist untätig, dieser, weil die Polen sich noch nicht mit der Regierung über Sonderbestimmungen für Galizien geeinigt haben. Es ist natürlich für alle diese Parteien, die selbstverständlich alle höchst arbeiterfreundlich sind und speziell gegenüber der „nur negierenden Sozialdemokratie die positive sozialpolitische Arbeit verkörpern, nicht gerade angenehm, im Parlament selbst alle ernsthaften Arbeiterforderungen ablehnen zu müssen und sich als made Kapitalsvertreter unter nationaler und religiöser Flagge kennzeichnen zu lassen. Da könnte am Ende doch den Wählern, deren Seelen- oder Rassenheil man so eifrig vertritt, einmal ein Licht ausgehen. So ist es viel einfacher, die Dinge gar nicht zur Verhandlung kommen, vielmehr in den Ausschüssen zu Tode „reisen“ zu lassen. Ist aber schließlich im Parlament oder außerhalb etwas zustande gekommen, dann ist es auch noch nicht in die Praxis überführt. Man weiß ja, wie es, nicht nur in Oesterreich, mit der polizeilichen und gerichtlichen Durchführung des Arbeiterschutzes bestellt ist. Es ist noch kein Fabrikant dabei ernsthaft, etwa wie ein Streikführer oder ein militärischer „Disziplinbrecher“ angefaßt worden. Aber selbst diese zahme Durchführung der Schutzvorschriften ist dem Unternehmertum, das sich immer machtvoller als Staatszweck fühlt, unerträglich. Es geht zur offenen Rebellion über. Seit geraumer Zeit fördern die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus, einem dringenden Verlangen der heftigsten Arbeiter entprechend, die Einführung der Achtstundenschicht für Betriebe mit ununterbrochenem Betrieb. Natürlich vergeblich. Ja, die österreichische Regierung trat auf dem internationalen Arbeiterkongress vom Juni 1912 unter allen Regierungen allein für die Erhaltung der Zwölfstundenschicht in diesen Betrieben ein. Sie ist also wirklich dem Unternehmertum nicht gefällig. Um aber doch etwas zu tun, erließ sie zwei Verordnungen von sehr geringer Bedeutung. Die eine soll diesen Arbeitern statt der bisherigen Wochenruhe von 18 Stunden eine solche von 24, auch nur mit allerhöchster Einschränkung, sichern. Die andere legt für die zwölfstündige Schicht die darin von selbst vorkommenden Pausen in geregelter Weise, zum Teil gegenüber dem jetzigen Zustande etwas erweitert fest. Aber diese Verordnungen vom 13. und 14. Septem. 1912 gehen den Unternehmern viel zu weit. Sie protestieren dagegen. Am 4. März fand, wie „Die Industrie“ meldet, in Prag in der Handels- und Gewerbeämter eine Vertreterversammlung statt, um zu der Verordnung, die am 1. Oktober in Kraft treten soll, Stellung zu nehmen. Sie erklärten sie einmütig für „undurchführbar“, was ja von jeder alle Unternehmer bei allen derartigen Regelungen getan haben. Es ist nicht zu zählen, wie oft schon die ganze Industrie zu Grunde gegangen ist, ohne den Profitten übrigens irgend welchen Eintrag zu tun. Man beschloß daher, eine Deputation zu wählen, die unter Führung des Kammerpräsidenten dem Ministerium einen scharfen Protest überreichen und ihm die Gemein schädlichkeit und Undurchführbarkeit der Verordnung klarmachen soll. Zugleich aber soll ihm die Mittelteil gemacht werden, daß die Industrie des Kammerbezirks nicht in der Lage sein wird, sich den Neuerungen der Verordnungen zu fügen, sondern den heutigen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich zufriedensstellenden Zustand bis auf weiteres wird aufrechterhalten müssen.

Da die Unternehmer bekanntlich die besten Arbeitervertreter sind, wird sich niemand über die freche Behauptung von „die Arbeitnehmer befriedigenden“ gegenwärtigen Zustände wundern. Die Arbeiter sind ja immer zufrieden, solange sie nicht von gewissenlosen Heßern aufgewiegelt werden. Und da diesmal gar die Regierung mit solchen gemein samen Sache macht, ist es nicht mehr als billig, daß die Industrie, unter Führung ihrer amtlichen Vertretung, sich einfach weigert, diesem gemeinschädlichen Beginnen willig zu sein. Man denke, daß Arbeiter offiziell beschließen sollten, wirklich drückende Gesetze, wie das Kriegsleistungsgesetz u. a., einfach nicht zu befolgen! Wie würde da die geheiligte Autorität sich aufbäumen und

den Irregeleiteten mit Hilfe von Polizei und Gericht den Weg weisen. Aber nun, wo es sich um Unternehmer auf der einen, nicht um Großmachtinteressen, sondern nur um Arbeiterschutz auf der anderen Seite handelt? Da darf man gespannt sein, wie der Konflikt ausgehen wird. Vielleicht durch ein Kompromiß, das Regierung und Unternehmer befriedigt. Die Regierung hält ihre Verordnungen aufrecht — aber die Unternehmer den „heutigen, zufriedensstellenden Zustand“. Warten wir ab!

Deutsche Politik.

Reichstagswahl in Jüterbog-Ludowalde. Nach langwierigem und hartem Kampfe hat der Reichstag am Donnerstag das Mandat des Reichstages v. Dörfen für ungültig erklärt. Dem industriereichen märkischen Reichstagswahlkreis Jüterbog-Ludowalde steht eine Nachwahl bevor. Diese muß unter allen Umständen mit einer Niederlage der Rechten enden, wenn nicht etwa die fortschrittlichen Wähler abermals, wie sie es im vorigen Jahre getan, dem Kandidaten der Reaktion zum Siege verhelfen wollen. Bei der Hauptwahl im Januar 1912 hatten nämlich erhalten: Oswald (Soz.) 13 987 Stimmen, von Dörfen (Rp.) 11 044 und ein Fortschrittscandidat 9238 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Reichstagspartei mit 16 042 gegen 16 052 sozialdemokratische Stimmen; der größte Teil der Fortschrittswähler hatte also — trotz Stichwahlkompensations — für den Reichstagspartei gestimmt. Wäre das Stichwahlabkommen gehalten worden, ja hätten sich die Fortschrittler nur der Wahl enthalten, statt in hellen Haaren zum Kandidaten der Rechten überzugehen, dann wäre Jüterbog-Ludowalde schon 1912 in sozialdemokratischem Besitz gelangt. Diesmal ist es allerdings möglich, daß durch ein weiteres Zurückgehen der Reichstagspartei der Fortschritt in Stichwahlfront gegen die Sozialdemokratie eintritt. Diese würde dann aber auf keinen Fall für 1912 Verzeihung üben, sondern strikte nach der Karole handeln: Der Reaktionär muß aus Jüterbog-Ludowalde heraus! Ob sich die Fortschrittler, falls die alte Stichwahlkonstellation wiederkehrt, zur gleichen Taktik entschließen werden, steht dahin. Auf alle Fälle wäre es ein Skandal, wenn der Kreis an den Reichstagsparteiern zurückfallen würde, und die Sozialdemokratie kann diesen Skandal nicht besser verhindern, als wenn sie ihr möglichstes tut, um mit ihrer Stimmengruppe noch weiter an die Spitze aller Parteien zu rücken. Die Wahl von Jüterbog-Ludowalde fällt in eine politisch bewegte Zeit und als Stichwahl auf die allgemeine Stimmung der Wähler wird sie ungemein lehrreich sein. Selbstverständlich ist, daß sie so rasch wie möglich vorgenommen werden muß, da es nicht angeht, daß bei den bevorstehenden großen Entscheidungen im Reichstag ein Wahlkreis unvertreten bleibt. Hoffentlich wird der Reichstag durch rasche Erledigung der entsprechenden Regierungsvorlage auch noch dafür sorgen, daß bei der Nachwahl von Ludowalde die den Jüngern so verhasste „Wahlliste“ zum erstenmale in Funktion tritt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimme in ihrer Sitzung am Donnerstag als Redner für die Militärvorlage die Genossen Haase, Scheidemann und Dr. Franz.

Ein weisser Hase. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus der Pfalz berichtet: Die katholischen Geistlichen des Bezirks Homburg-Baldmohr haben nach den Erklärungen der bayerischen Bischöfe „nur gut katholische“ Zeitungen zu halten und zu lesen, u. a. auch die liberale „Homburger Zeitung“ boykottiert und diese Boykottierung veröffentlicht. Auf diese Kundgebung hin veröffentlicht der katholische Pfarrer Müller von Oberbergbach, nachdem das Zentrumorgan die Aufnahme verweigert hatte, in der „Homburger Zeitung“ eine Erklärung, daß er das von katholischen Geistlichen des Bezirks im „Wettlicher Tagesblatt“ abgegebene Urteil über die „Homburger Zeitung“ sich nicht zu eigen mache.

Eine Koalition der Linken. Die „Frankfurter Zeitung“ untersucht die Frage, ob es noch eine Mehrheit der Linken im Reichstag gibt. Dieser Mehrheit könne kein schlimmeres Schicksal widerfahren, als das der völkischen Versessenheit bei Segeten. Der Steuerfrage verbandt die Linke ihren Sieg bei den letzten Wahlen und hier können sie sich kämpfend wieder zusammenfinden. Das Blatt verkennt nicht die Schwierigkeiten, die ein gemeinsames Vorgehen der linken Parteien durch die Entschaltung der Nationalliberalen entgegensteht. Es redet den Nationalliberalen gut zu, nicht ihre ganze Politik der letzten vier Jahre zu verleugnen und sich mit den Konservativen und dem Zentrum zusammenzufassen. Auch der Hinweis auf die intransigente Haltung der Sozialdemokratie würde den Nationalliberalen für einen Uebergang in das Lager der finanzpolitischen Reaktionäre keine Rechtfertigung liefern. Die sozialdemokratische

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Böhrle.

(Nachdr. verb.)

8 (Fortsetzung.)

Weil meine Kleider abgebraucht waren, ging Thiel mit mir zu einem seiner früheren Angestellten, der jetzt Leiter einer großen Firma war. Diesen fragte er um abgelebte Sachen. Der Herr bestellte mich auf den nächsten Tag in seine Wohnung. Als ich kam, hatte er noch nichts gerichtet und trug mir auf, eine Stunde später vorzusprechen. Ich schellte, ein junges Mädchen ließ mich eintreten, wahrscheinlich mußte es schon, was ich wollte. Ich zog die Augenbrauen nicht wenig hoch; eine solch vornehme Einrichtung hatte ich noch nirgends gesehen. Statt der Türen hing überall seine Teppiche, die Möbel glänzten, daß es nur so eine Pracht war. Als Madame selber kam, war ich wie verhezt und traute kaum noch zu schnaufen, so schön und geschmeidig war sie. Alle Kasten und Kommoden schloß sie auf und ludte passende Sachen für mich heraus. Zuerst einen Etich Wäsche, weiß wie der Schnee. Diese sollte ich anprobieren. Ich wuschle den Kittel nicht ausziehen; ich war ja ohne Hemd, schämte mich aber, das zu sagen. Madame brachte es doch aus mir heraus und machte ein ganz mitleidiges Gesicht. Der Bad, den ich mitbekam, war so groß, daß ich ihn kaum tragen konnte. Ich bedankte mich recht schön. Sie gab mir die Hand und sagte: „Wenn ich jetzt in Not und Elend wäre, würden Sie auch lieb und gut zu mir sein?“ Ich war erschrocken, wie ernsthaft sie das sprach. Mich selber würdte es nicht leß im Hals, als ich „Ja, ja“ zur Antwort gab. Sie kehrte sich in der Türe rasch um und erwiderte: „Ich glaube Ihnen!“ Name und Wohnort dieser Frau habe ich gewußt; aber später bei meinem unruhigen Leben schnell vergessen. Doch in stillen Stunden muß ich oft an sie denken, erst da ist mir ihre Rede recht klar geworden. Sie war nicht die Frau jenes Mannes, sondern seine Geliebte. „Hat er sie väterlich in Elend gelassen, und

gehört sie jetzt zu den vielen, vielen, den Namenlosen, den Ausgestoßenen? Oder ist das Leben barmherzig gewesen und hat sie im Glück sterben lassen? Ich weiß es nicht. Aber das weiß ich: sie war ein Mensch, mit einem guten, überausenden Gebe-Herzen. Mag die Welt sie im verdorbenen Hure heißen, oder offen Maitresse, mir nimmt niemand die Meinung, die ich von ihr habe.

Mit den frischen Kleidern konnte ich mich überall zeigen. In meiner freien Zeit half ich Thiel bei seinen Musikarbeiten. Nachts rih ich vier Stunden lang Langmusik und ging dann schlafen, bald hierhin, bald dorthin. Oftmals wurde ich von Frauenpersonen angesprochen. Die meisten waren alt, eilig, häßlich, verstimmt und hingen sich an mich, wie die Kletten. Ich konnte zu keiner grob sein. Die armen Menschen dauerten mich. Wenn ich übriges Geld besaß, gab ichs gern her. Aber manchmal hatte ich selber feins; dann wußte ich kein anderes Mittel, als zu sagen, ich sei krank. Das half.

Auch den Eifelturm sah ich mir an. Die vielen Denkmäler auf der Place de la Concorde und den Siegesbogen. Mit der Untergrundbahn war ich schnell an jedem Ort. Auch sonst sah ich viele Merkwürdigkeiten. So gab es an den belebtesten Straßen Hallen, in denen ein Phonograph den ganzen Tag dasselbe Lied spielte. Viele Leute standen umher, kauften sich das Lied gedruckt und sangen es so lange mit, bis sie die Melodie auswendig konnten. Auch ich blieb öfters stehen und brummte mit großer Freude mit. Das Leben gefiel mir auf diese Art ganz gut. Aber bald verlor ich meinen Platz. Das ging so: An einem Abend hieß ich dem Kapellmeister, als er gegen mich frech und unansständig wurde, eine herunter, die nicht von schlechten Eltern war. Am anderen Morgen schickte er mir eine Karte, man wüschte meine Dienste nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Auch Herr Thiel wurde merkwillich unfreundlich gegen mich. Ich sah, daß ich nur geduldet sei und ging nicht mehr hin. Für mich begannen schlimme Zeiten. Die paar Centimes waren bald aufgebraucht. Ich junger Menschenmagin ist schlimmer als ein Tier, läßt sich nicht mit Worten verdröten, sondern will Wirklichkeiten. Es kam so weit, daß

ich die Geige verkaufen mußte. Was ich dafür löste, hielt auch nicht lange vor, bald mußte ich nach neuen Quellen ausschauen. Sie und da fand ich Gelegenheitsarbeit, und war herzlich froh darüber. Hatte ich Geld, so übernachtete ich in der Heilsarmee oder in den caves a quatre sous. Diese lagen in der rue du Faubourg St. Denis. Das Uebernachten kostete hier sechzehn Pfennige. Dafür wurde noch eine Suppe zugegeben, die ein Mittelding zwischen Sauertränke und Seiwasser war. Schlafen konnte man auf Tischen und Bänken. War kein Platz mehr, mußte man mit dem Fußboden vorlieb nehmen. Hier verkehrte das größte Gefindel. Gleich in der ersten Nacht wurden mir die Sockenträger vom Leibe weggestohlen. Hätte ich meine, Mühe nicht vorsorglich in die Sockentasche gesteckt gehabt, wäre sie sicherlich auch verschwunden. Es kam oft vor, daß Gängel ausbrachen und die Polizei einschreiten mußte.

In der Heilsarmee ging es menschlicher zu. Auch da wurde viel gestohlen und die Wangen liegen einem keinen Augenblick Ruhe. Was hier verkehrte, galt in den Augen der Kellerschlärer als Kapitalist. Der Eintritt betrug 50 Centimes, für manche eine unerjährlinge Summe.

In der Heilsarmee lernte ich einen Rostoder Wofofaten, John kennen, der seinem Vater mit einigen hundert Mark durchgebrannt war und das Geld mit einer Weibsperson verknopft hatte. Er schlug mir vor, mit ihm zusammen nach der Riviera zu wagen. Paris gefiel mir längst nicht mehr und ich sagte zu. Wir kamen bis nach Melun. Aber wie sich bald zeigte, der gute Rostoder war kein besonderes Fechtgenie. Und da dies auch meine schwache Seite war, mußten wir beide Rostdampf schießen. Zudem verhaftete uns ein Geheimpolizist, der uns für Anarchisten hielt. Drei Stunden wurden wir von Pontius zu Pilatus geschleppt und dann erst freigelassen. Wir beide hatten die Nase voll und tippelten nach Paris zurück. Ein Eßhäger, der in der Nähe eines Sauerkrautfabrik vermalte, behielt uns über Nacht. Zum Dank dafür stahl ihm der Rostoder die besten Schuhe. Als ich ihm vorhielt, er sei ein Schuft, sagte er ruhig: „Nur die bringen zu etwas.“

(Fortsetzung folgt.)

Reichstagsfraktion hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie in der Steuerfrage ihre früher oft beobachtete Taktik der Abstinenz aufgeben und praktische Politik zur Entlastung der unermittelten Massen treiben will. Der Offizier, die die Sozialdemokraten hiermit an die übrigen Parteien der Linken gerichtet haben, kommt eine so außerordentliche Bedeutung zu, daß unter allen Umständen die Probe aufs Exempel gemacht werden muß. Aus dem Inhalt eines Aktionsprogramms für alle Abteilungen der Linken wäre die Einigung natürlich nicht ganz leicht, aber unüberwindliche Schwierigkeiten vermögen wir, wenn nur bei allen Teilen der guten Wille zur Verständigung vorhanden ist, nicht zu erkennen. Eine besondere Aufgabe erwächst in der gegenwärtigen Situation der Volkspartei. Sie ist innerhalb der Linken die Partei der Mitte, sowie die natürliche Vermittlerin zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. In ihr wäre es, jetzt, wo der Reichstag wieder zusammengetreten ist, unüberwindlich mit beiden Parteien zu verhandeln, auf eine Verständigung über gemeinsame Steueranträge hinzuwirken und auf alle Fälle einen Entwurf für die Umwandlung des einmaligen Einkommensteuergesetzes in eine dauernde Einkommensteuer zu beantragen. Die Linke sieht hier vor einer schweren Entscheidung, wenn sie jetzt den Moment verpaßt, so wäre das für die allgemeine politische Entwicklung noch verhängnisvoller als das traurige Auseinanderfallen der ihr angehörenden Parteien im preußischen Landtagswahlkampf.

Badische Politik.

Die politische Krise im Reichstuhle.

Zu den skandalösen Vorgängen in Furtwangen, wo im Reichstuhle von einem Missionar Weichenden wegen des Abkommens des liberalen „Schwarzwälder Boten“ die Abolition verweigert wurde, schreibt der „Bad. Beobachter“ in seiner geistigen Ausgabe einen drei Spalten langen Verteidigungsartikel. Er operiert mit den alten bekannten Mäßen, mit denen die politische Agitation der Zentrumsfraktion im Reichstuhle verblümt werden soll. Es lohnt sich kaum, gegen dieselben noch zu polemisieren. Es wird damit klipp und klar zugegeben, daß ein einheitliches Abkommen unter der Heftigkeit besteht, Abkommen sozialdemokratischer Zeitungen die Abolition nicht zu erteilen. In einer öffentlichen Erklärung des Furtwanger Stadtpfarrers Dr. Huber, die sich gegen das liberale Schwarzwälder Tagblatt wegen seines Protestes in der Reichstuhlangelegenheit richtet, heißt es:

Vor Beginn der Reichstagsarbeiten haben sämtliche Reichstuhler eine Beratung gepflogen über die einheitliche Stellungnahme zu verschiedenen schwierigen Punkten der Tagesordnung. Hierher gehört auch die Stellungnahme der Reichstuhler zu kirchenfeindlichen Reden. Wir waren einstimmig der Überzeugung, daß die sozialdemokratische Presse eine große Gefahr für Glaube und Sittlichkeit der Nation bedeutet und daß darum unbedingt vom Reichstuhle verlangt werden muß, diese Gefahr unlichlich von sich fernzuhalten. Wer dieser Forderung, die nicht aus politischen, sondern lediglich aus weltanschaulichen Gründen erhoben wird und erhoben werden muß, sich nicht fügen will, ist der Abolition unwürdig.

Der „Beobachter“ macht die possierlichsten Parabeln, um diesen Beschluß zu rechtfertigen, fastel von einem „Kampf gegen das hl. Sakrament der katholischen Kirche“, wenn in der Presse daraufhin Reichstuhlergespräche der Offenheit unterbreitet werden, die sozialdemokratische Presse wolle damit „das Sakrament der katholischen Kirche als Mißbrauch der Religion diskreditieren“, man „rechne mit der Lüge und Verleumdung“ usw. usw.

Die Logik der bornierten Zentrumsfraktion geht also so weit, daß sich die in solch schamloser Weise bekämpften Zeitungen noch nicht einmal wehren sollen und hübsch den Mund zu halten haben, wenn ihnen von Abkommen berichtet wird, daß sie ausgesprochenen wegen Haltens dieser oder jener Zeitung im Reichstuhle als rüdiges Schaf zurückgewiesen werden. Höher geht's nimmer.

Auf dieses Gebahren der Geistlichkeit gibt es nur eine Antwort: Agitiert jetzt erst recht für die freierlich gestimmte sozialdemokratische Presse und werbet für jeden, der etwa wegen verweigerter Abolition das Blatt abbestellt, drei andere Abonnenten!

Zentrums-„Witze“.

Im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ lesen wir folgende Beleidigungszurücknahme:

Heddesheim, 2. April. In der Privatklage des sozialdemokratischen Parteikassiers Sireck gegen den Redakteur Dr. Thomas vom „Neuen Mannheimer Volksblatt“ kam es zu einem Vergleich. Redakteur Dr. Thomas erklärte, daß er bezüglich der Notiz in der Nummer vom 4. Februar (Karnevalsbeilage) über das Verschwinden eines sozialdemokratischen Parteikassiers aus Heddesheim das Opfer einer irrtümlichen Information geworden sei. Unter diesen Umständen nahm er keinen Anstand, die in der Notiz enthaltene Mitteilung als unrichtig unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Die Klage wurde daraufhin zurückgezogen, während der Beschuldigte die Kosten übernahm.

Diesen Gerinfall, schreibt die Mannheimer „Volkstimme“, hätte sich der Kollege von S 2 ersparen können, wenn er die in der Nummer vom 5. Februar der „Volkstimme“ enthaltene Mitteilung, daß an der Unterklagegeschichte kein wahres Wort sei, gebracht hätte. So mußte erst das Gericht eingreifen.

Eine Entscheidung über den § 153 der Gewerbeordnung.

Gelegentlich eines Erdarbeiterstreiks in Kehl sollen zwei Streikende den Versuch gemacht haben, die Kaufbüchsen durch Drohungen vom Gang zur Arbeit abgehalten zu haben. Ein dritter Erdarbeiter war beschuldigt, zu den Kaufbüchsen über einen abwesenden Maschinenführer Drohungen ausgeübt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung nach § 153 der Gewerbeordnung. Das Schöffengericht Kehl schloß sich dem Antrag des Verteidigers an, der ausführt, ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung setze voraus, daß eine Arbeitseinstellung derer vorliege, zu denen der Verdacht gehöre. Diese Voraussetzung sei objektiv erforderlich; die Absicht des Angeklagten käme es nicht an. — Das Gericht sprach den dritten Angeklagten frei, während die beiden anderen Angeklagten nur wegen Nötigung 15 Mk. resp. 25 Mk. Geldstrafe erhielten.

Die Steinindustrie in Baden.

Arbeitsordnungen sind häufig auch in solchen Betrieben nicht anzutreffen, die hierzu laut G.O. verpflichtet wären. Mit den durchsichtigsten Ausreden suchen sich die Unternehmer oft vom Erlaß einer Arbeitsordnung zu drücken. Ist sie endlich erlassen, so bedeutet es in in vielen Fällen nicht mehr als die formelle Erfüllung des Gesetzes. Änderung der Arbeiter, Ausbau und Ausbündigung, Erhaltung in lesbarem Zustand usw., lassen noch alles zu wünschen übrig.

Eine Kündigungsfrist wird in den Betrieben der Steinindustrie meist nicht ausbedungen. Die Stetigkeit des Betriebes hängt zuviel von äußeren Einflüssen ab und unterliegt zu großen Schwankungen, daß nicht das Bedürfnis nach einer schnellen Lösung des Arbeitsverhältnisses erklärlich wäre.

Arbeiterausschüsse sind in der Steinindustrie fast gar nicht vorhanden. Wenn in einzelnen Betrieben anlässlich von Differenzen Vertreter der Arbeiter vorstellt werden, so sind dies meist die von der Organisation bestimmten Lohn- und Schlichtungskommissionen. In kleinen Betrieben besteht bei den nahen persönlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kein Bedürfnis zur Bildung von besonderen Ausschüssen.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß unterliegt für den Steinarbeiter wesentlich ändern und im allgemeinen schwierigeren Bedingungen als für den Arbeiter in der Stadt und in der Großindustrie. Die Dezentralisation der Betriebe, ihre Abgeschlossenheit und die meist geringe Größe führen die Arbeiter nicht in Scharen zusammen. Ihnen fehlen die Treffpunkte der städtischen Arbeiter und die häufige Gelegenheit zur gegenseitigen Aussprache. Der bäuerliche Charakter der städtischen Steinarbeiter bringt es mit sich, daß der Parteidienst mehr vom Standpunkt des Aufstieges und zur Festigung der Landwirtschaft betrachtet und das Fallen und Steigen der Löhne nicht mit besonderer Nervosität verfolgt wird. Das Bildungsbedürfnis dieser Arbeiter ist nicht sehr entwickelt. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat im vorletzten Winter den Versuch gemacht, dem Mangel dadurch abzuhelfen, daß er in einigen nahe beieinander liegenden Orten (Kirchbach, Deringingen, Sternfels und Sulzfeld) Kurse einrichtete, in denen in wöchentlich einem Unterrichtsabend die

Arbeiterversicherung, die Gewerbeordnung, die auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuchs, das Vereinsgesetz und die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung behandelt wurde. Die Schwankungen im Organisationsbestand sind sehr groß. Zum Teil führt diese der Bericht auf den Umstand zurück, daß im Moment von Differenzen manche der Organisation beitreten, die nach Erledigung der Angelegenheit derselben wieder fernbleiben. Zum anderen bildet das ständige Kommen und Gehen der Italiener eine Ursache der Schwankungen; besonders, wenn diese im Winter heimfahren und längere Zeit wegbleiben. Hierauf sind auf die im Bericht angeführten großen Schwankungen zurückzuführen, in einem Falle von 320 auf 128 und im anderen von 98 auf 9.

Ein festerer Zusammenschluß ist dagegen unter den Steinarbeitern der Städte festzustellen. Im allgemeinen gehören die gelehrten Arbeiter fast vollständig der Organisation an. Im Jahre 1912 verzeichnete der Zentralverband der Steinarbeiter in Baden 1484 Mitglieder, der christliche Keramik- und Steinarbeiterverband 522 und der Christ-Dunderische Gewerbeverein 248. Der freie Steinarbeiterverband umfaßt nur Steinarbeiter im engeren Sinne. Weitere Steinarbeiter sind in den Verbänden der Bildhauer, Bauarbeiter, Eisenfeger usw. organisiert, deren Zahl sich nicht ermitteln läßt. Der christliche Verband umfaßt alle Steinarbeiter im weiteren Sinne. Der Christ-Dunderische Gewerbeverein zählt neben Steinarbeitern auch Bauhandwerker unter obiger Ziffer.

Die wichtigsten Ertragsarten bilden die Tarifverträge, die gerade in der Steinindustrie eine besondere Bedeutung haben, weil sie an Stelle der üblichen Willkür geregelte Verhältnisse bringen. Das Urteil der Arbeitgeber in der Steinindustrie über den Wert der Tarifverträge ist überwiegend günstig und wo die Organisationen stark sind und ihre Mitglieder fest in der Hand haben, möchten wohl die wenigsten auf solche verzichten. Immer gibt es aber noch Unternehmern, die sich durch Tarifverträge in ihrer Bewegungsfreiheit gekemmt fühlen und auf die Befestigung solcher drängen, jedoch sind das nur Ausnahmen. Die Entwicklung der Tarifverträge wird in der Steinindustrie voraussichtlich weitergehen, auch ohne daß es dazu größerer Forderungen bedarf, wie bisher. Die meisten Arbeitgeber haben sich mit dem Vertragsgedanken vertraut gemacht und sehen auch die Vorteile, die ihnen die Tarife bringen können.

Die den Steinarbeiter bedrohenden Gefahren sind zahlreich und mannigfacher Art, nicht nur wegen der Standsgefahr, sondern auch in hervorragendem Maße wegen der Unfallhäufigkeit. Letztere ist besonders bei der Steingewinnung eine große und fordert zur Verhütung ein hohes Maß von Umsicht, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Daß diese nicht immer vorhanden sind, zeigt die steigende Unfallziffer und der Umstand, daß die Sektion 2 der Steinbrucharbeitergenossenschaft, zu der Baden gehört, die höchste Ziffer in ganz Deutschland aufweist. In Sektion 2 der Steinbrucharbeitergenossenschaft kamen auf 1000ollarbeiter Anfälle:

1890	1895	1900	1905	1910
10,5	15,9	13,1	17,3	19,7

Nicht zufällig ist der Zusammenhang der Unfallhäufigkeit mit der Betriebsgröße. Im Reichsdurchschnitt kommen auf alle Sektionen der genannten Berufsorganisationen auf einen Betrieb 13,1 Arbeiter, in Sektion 8 (Schlesien) 27,5 Arbeiter, in Sektion 2 (Baden) nur 8,6 Arbeiter. Dabei gehören die kleinsten Betriebe noch zur Bauwerks- und zur Landwirtschaftsberufsorganisation.

Als eine der Hauptursachen der Unfallhäufigkeit wird das Pachtverhältnis bezeichnet. Der Pächter scheut sich, große Aufwendungen für den Betrieb zu machen, wenn nicht sicher ist, ob er den Pacht nach Ablauf der Pacht wieder erhält. Daran erwachsen viele Unterlassungen, die zu den größten Gefahren für die Arbeiter führen können.

Unter den Ursachen der Unfälle sind hauptsächlich zu nennen: ungenügende Befestigung des Abbaus, überhängendes oder gelockertes Gestein, Unterhöhlen der Felsen, Unfälle bei Schiebarbeiten und endlich Quetschungen und innere Zerreißungen bei Materialtransport und beim Geben. Vieles davon ist durch Unfallversicherung zu vermeiden, aber auch nicht, daß die Außerachtlassung gegenseitiger Rücksicht mit dem vielfach noch üblichen Affordisthem oder der Antreiberei im Stundenlohn untrennbar verbunden ist. Daß trotz der hohen Unfallhäufigkeit das Verbandszeug meist im trostlosen Zustand ist, kann man ebenfalls als „zum System gehörig“ bezeichnen.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Spinner und Anseher in der Kammergarnspinnerei Dietigheim in Württemberg ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet, die Sperre ist aufgehoben.

Deutsche Kunstausstellung Baden-Baden 1913.

Unsere Zeit hat offenbar mehr Verständnis für die Sprache der Farben als für die Formen; denn die Plastik ist auf der diesjährigen Ausstellung auffallend schwach vertreten. Doch die ausgezeichneten Werke der Plastik erheben sich zum größten Teil weit über den Durchschnitt. Die Malerei ist dagegen durch sehr zahlreiche Werke aller Richtungen vertreten, vom alten Familienblatt-Stil bis zu den neuen und neuesten Kunstproblemen, den modernen und hypermodernen Einflüssen. Bei einer großen Zahl der ausgezeichneten Werke macht sich ein melancholisches Weltlagewandtheit bemerkbar. Dem deutschen Maler und Spieler erscheint ja auch heute noch der Künstler nur in der Pose leidvoll überlegener Weltlagewandtheit.

Die Badener Ausstellung beweist eindringlich, daß diese Ansicht des Publikums dazu angetan ist, eine Lebensgefahr für die wahre Kunst zu werden; denn bildnerischer Impuls stammt aus Gemeinde-Gefühlen und will deshalb auch wieder zur Gemeinde. Die wahre Kunst besteht immer darin, daß der Mensch in sich mehr fühlt als sein Einzelsein. Wenn man die Gesamtausstellung von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, muß man sagen, es sind eine ziemlich Anzahl Kunstjuroraten vorzuziehen. Was sagen uns z. B. Bilder wie „Nubendes Mädchen“, „Am frühen Morgen“ als Mädchenakt, „Mädchen am Schrank“, „Nacktes Mädchen“ und so viele andere Kompositionen zu Bildern, von denen man sagen kann: Sie wechseln die Pose und das nennen sie Entwicklung. Die Ausstellung als Ganzes schließt sich ihren Vorgängerinnen würdig an. Die größte Zahl der ausstellenden Künstler entfällt auf unser engeres Heimatland Baden. Aber auch München und Berlin sind diesmal stark vertreten, außerdem zeigen Straßburg, Stuttgart, Darmstadt, Düsseldorf, Dresden und andere Städte vorzügliche Arbeiten. Der Katalog verzeichnet 626 Werke ohne die Thomas-Ausstellung, die 58 Bilder umfaßt. Da die meisten der ausstellenden Künstler nur ein oder zwei Werke ausgestellt haben, würde es sich ins Herlose verlieren, wenn man jeden kommentieren wollte. Nur ein Teil sei deshalb herausgehoben.

Die Zusammenstellung der Ausstellung ist sehr geschmackvoll und schön. Im Vestibül sind in der Hauptsache plastische Werke untergebracht, wir sehen hier Arbeiten von G. Tassner, Banzel und Schallerlaternen, die sich durch die vornehme

Linienführung auszeichnen. Der großen Zahl seiner vorzüglichen Porträts hat Beer mann mit seiner Wbda-Wüste ein neues Meisterwerk zugefügt. Der bekannte Tierbildhauer G. A. L. ist mit einer „Ente“ vertreten, die alle Vorzüge seiner Kunst aufweist. „Der Stuh“ und die Opheus-Gruppe (Bronze) von H. Interseher erimmen in Auffassung und Ausführung an Rodin. Eine vorzügliche Wüste in Holz hat auch G. A. L. hier ausgestellt. Von den Bildern, die die Hände zieren, fällt besonders auf G. B. D. „Polzhauer“, durch die gut gezeichnete Bewegung, und Urbans „Königliches Bad“, durch die feinstimmige Farbgebung. Säume, mit liebevoller Sorgfalt entworfene und gezeichnete Holzschneide, Radierungen, Lithographien und Zeichnungen sind im Saal 1 und 2 untergebracht. Auch Aquarelle finden wir da in größerer Zahl. Die Kleinkunst, die wir hier sehen, ist durchweg gut und materialgerecht ausgeführt. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Plakette von C. Hebalet. Im großen Saal haben sich auch in diesem Jahre eine stattliche Anzahl bewährter Meister ein Stellbildnis gegeben. Mit künstlerisch abgeklärten Bildern sind die Berliner Kämpf, Liebermann und Corinth vertreten. L. Dill zeigt eine seiner feinstimmigsten Landschaften, L. v. Hofmann ist mit einem Bild „Lurikanten“ vertreten. Gut erfaßt ist G. Sprung „Nach dem Vergnügen“, v. Zügel hat ein Tierbild „Der Hälber“ ausgestellt. Angenehme Eindrücke vermitteln die Bilder von Nagel, Katzer, R. Schönleber, Bergmann, Cong und anderer. Gut durchgeführt sind die „Wipern“ von Dahlem.

(Schluß folgt.)

2. Bundestag der Arbeiter-Esperantisten.

Am Osteramstag wurde in Frankfurt a. M. der 2. Bundestag des „Deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bundes“ eröffnet. Nach der Konstituierung übertrugen die ausländischen Delegierten die Größe ihrer Landesorganisationen. Alle Anreden wurden in Esperanto gehalten.

Am Oster Sonntag wurde durch Kaiser-Altenburg der erste Verhandlungstag eröffnet. Bis auf eins wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt. Es waren vertreten 65 Gruppen durch 42 Delegierte, außerdem waren durch Delegierte vertreten Frankreich, Holland, Rußland, Spanien und Böhmen. Begrü-

ßungsreden resp. Telegramme waren eingegangen von Japan, Schweden, Ungarn und Baku.

Den Geschäftsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Judakoli. Nach einer lebhaften Debatte über den Geschäftsbericht wurde dem Gesamtvorstand Decharge erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Agitation“, nahm der Genosse Kaiser-Altenburg das Wort. In mobilisierender Rede wies der Meistent auf alle Hindernisse hin, welche in Deutschland der Arbeiter-Esperanto-Bewegung im Wege stehen, und machte auch Vorschläge, auf welche Weise man diese Hindernisse am leichtesten beseitigen könnte.

In der Diskussion nahm auch der Genosse Sentono aus Paris, Mitarbeiter des französischen Parteiorgans „L'Humanite“, das Wort. Sentono teilte mit, daß es den Bemühungen der französischen Arbeiter-Esperantisten bereits gelungen sei, parlamentarisch für Esperanto zu interessieren.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Genosse v. Kiefen über den Wert eines internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter-Esperantisten. An der Diskussion über dieses Referat beteiligten sich sämtliche ausländischen Delegierten, eine volle Einigkeit wurde aber nicht erzielt und es wurde darum auf Antrag des Genossen Sentono beschlossen, im August 1914 in Paris erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Nachmittag des zweiten Verhandlungstages wurde von der Statutenberatung, Wahlen des Vorstandes und des Ausschusses ausgefüllt. Der Vorstandssitz wurde, da die Kammer eine Neuwahl wegen Arbeitsüberbürdung ablehnen, nach Hannover, der Sitz des Ausschusses wurde von Dresden nach Leipzig verlegt.

Als Ort des nächsten Bundestages 1915 wurde Hannover bestimmt.

Hiermit waren die Arbeiten des Bundestages erledigt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)
Der Arbeiter-Samariter. Offizielles Publikationsorgan des Arbeiter-Samariter-Bundes. Erschienen ist die Nr. 4 des 4. Jahrganges. Aus dem Inhalt: Jahresbericht des Bundesvorstandes für das Geschäftsjahr 1912. Kriegsdienstverweigerung im Balkankrieg. Der schwarze Windmühlentempel gegen die Arbeiter-Samariter. 3 Jahre Samariter-Kolonnen. Aus den Kolonnen.

Ein Streik in der Schreibmaschinenfabrik „Mercedes“ in Mehlis i. Thür. dauert nun schon sechs Wochen. 230 Arbeiter sind noch ausständig von 326 zu Anfang ausständig, die übrigen, meistens Familienmänner, sind abgereist und haben anderwärts Arbeit gefunden. Die Firma läßt es sich viel Geld kosten, um Streikbrecher zu bekommen. Die verhasste Organisation der Metallarbeiterverbände, soll aus dem Betriebe verdrängt werden. Sogar an die Streikenden versendet die Firma ihre Werbungschriften, und jeder wird angenommen, der erkläre, daß er aus dem Verband ausgetreten ist. Von preußischen Gotthausen Gendarmen werden die Herren Streikbrecher beschützt, auch in der Fabrik ist ein Wachposten etabliert. Streikende und Nichtstreikende sind vor den Revolvern der Streikbrecher nicht sicher. Am Dienstag besuchte eine von 600 Personen besuchte Versammlung mit dem Streik; von der Firma waren einige Gelde als Käufer anwesend. Zu gleicher Zeit, als die Versammlung stattfand, wurde auch im Stadtparlament der Streik besprochen. Vom Bürgermeister wurde nach lebhafter Diskussion eine den Streikenden günstige Zusage gegeben. Die Sympathie der Bevölkerung ist auf Seiten der Ausständigen, die gegen den gelben Werkverein und dessen terroristische Maßnahmen, sowie gegen die fortwährenden Schikanen einiger Meister, wie auch gegen die immerwährenden Lohnabzüge den Kampf zu führen haben. Das Lager der Firma ist jetzt geräumt, die Produktion hoch, Aufträge können nicht erledigt werden, und es fehlen die eingerichteten Arbeitskräfte. — Leberall ist auf strenge Fernhaltung des Zugangs zu achten.

Der Gumminüppel muß abgeliefert werden! Ein Unternehmer Schwemmer spielte im Streike der Damer Gärtner eine hervorragende Rolle als Feind der Arbeiterorganisation. Es gelang ihm in der ersten Woche, seine Arbeitskräfte zu halten, in der zweiten Woche aber schlossen sie sich den Streikenden an. Der Streikleitung wurde mitgeteilt, daß dieser Unternehmer seine Leute mit Gumminüppeln ausgerüstet hatte, zum Schutze gegen die Streikenden. Die Polizei, die die Streikleitung hierin legte, wurden durch folgenden Brief, der im Original vorliegt, befragt:

„Herrn, den 26. März 1913. Hr. Hier. Möchte Sie ersuchen, den Ihnen zum Schutze gegen die Streikenden gelieferten Gumminüppel unverzüglich zurückzuliefern, andernfalls ich genötigt wäre, gegen Sie Anzeige wegen Unterschlagung zu erheben. pr. Chr. Schwemmer R. Wassen.“

Die Unternehmer werden bei ihrer Materialsammlung für ein Verbot des Streikpostenschießens dies Dokument hoffentlich nicht verpassen.

Milde Justiz für den Streikbrecherführer. Der Streikbrecherführer Grunle, die rechte Hand des Streikbrecherkolonnenführers während des 18wöchigen Ausstandes in der Göttinger Waggonfabrik, wurde vom Schöffengericht in Götting wegen leichter Körperverletzung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Grunle hatte im Juni v. J. mit noch 15 Kumpanen an einem Sonntagmorgen vor einem Café eine Straßenschlacht angestrengt, bei der die Schützlinge der Unternehmer wohllos auf die Passanten einhieben und mehrere Leute schwer verletzten. Hätte ein Streikender solche Straßenschlacht geliefert, so wäre er gewiß wegen gefährlicher oder schwerer Körperverletzung ins Gefängnis gewandert.

Der Bauarbeiter-Verband im Jahre 1912.

Von dem Jahresabschluss der Zentralverbände dürfte der Bauarbeiterverband nicht nur deswegen besonderes Interesse finden, weil dieser Verband der zweitgrößte unter den gewerkschaftlichen Organisationen unseres Landes ist, sondern auch wegen der gegenwärtigen Bewegung, deren Ausgang naturgemäß nicht wenig von der Organisationsmacht beeinflusst wird. Im Jahre 1911 hatte sich die neue Organisation wahrhaft glänzend entwickelt. Die betriebsfremden Hoffnungen waren übertrafen worden. Im Jahre 1912 hat der Verband diesen Aufstieg fortgesetzt. Die Mitgliederzahl ist weiter gewachsen, das Vermögen hat sich beträchtlich vermehrt. Allerdings hat die Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Jahre nicht so lange angehalten und ist infolge dessen nicht so groß gewesen wie im Jahre 1911. Darin äußert sich die im Juli und August eingetretene Verminderung der Bautätigkeit, die von da an bis zum Jahresabschluss angehalten hat. Am Schlusse des Jahres 1911 zählte der Verband 295 688 Mitglieder. Diese Zahl erhöhte sich

im ersten Halbjahre auf 344 726, also um 49 037, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß davon 10 300 auf den ehemaligen Verband der Stukkateure entfallen, der am 1. Januar 1912 zum Bauarbeiterverband übertrat. Im dritten Vierteljahr äußerten sich nun die Wirkungen der ablaufenden Bautätigkeit, der Vormarsch erfuhr eine starke Hemmung, die Mitgliederzahl stieg zwar noch weiter, aber nur auf 348 413, also um 3 688. Das vierte Vierteljahr brachte dann den in jedem Winter zu beobachtenden Rückgang, der sich aus der Abwanderung großer Massen von Bauarbeitern aus den Arbeitsgebieten in ihre Wohnorte erklärt. Zum Teil sind es Ausländer (Italiener, Böhmen), die für einige Monate das Verbandsgebiet verlassen, zum größten Teil jedoch deutsche Bauarbeiter, die mit dem Ausscheiden aus dem Bauberuf auch zugleich die Mitgliedschaft zum Bauarbeiterverband aufgeben. Manche von ihnen treten zu anderen Verbänden über, der größere Teil geht der Organisation verloren und kehrt erst im Frühjahr wieder zurück, wenn die Bauarbeit allgemein wieder aufgenommen wird. Erfreulicherweise scheint dieser Rückgang jetzt schwächer zu werden. Im Berichtsjahre betrug er, bei einer Mitgliederzahl von 331 165 am Jahreschluss, 12 248, also 3,7 Proz., während er früher in den Organisationen der Maurer und Bauhilfsarbeiter oft 15 und selbst 20 Proz. betragen hat.

Die Mitgliederzahl stieg vom Jahreschluss 1911 bis zum Jahreschluss 1912 von 295 688 auf 331 165, also um 35 477, und im Jahresdurchschnitt von 290 136 im Jahre 1911 auf 335 561 im Jahre 1912, also um 45 425, wobei immer zu beachten ist, daß davon 10 300 auf die übergetretenen Stukkateure entfallen. Seit dem zweiten Vierteljahr 1912 wird festgestellt, welchen Berufsgruppen die Mitglieder angehören. Der Verband unterscheidet acht, nämlich: 1. Maurer, 2. Miesenleger und Terrazzoarbeiter, 3. Putzer, 4. Stukkateure, 5. Zement- und Betonarbeiter, 6. Möbeler und Steinholzleger, 7. Bauhilfsarbeiter, 8. Erdarbeiter. Nach den Zahlen vom Jahreschluss ergibt sich folgendes Verhältnis:

Maurer	189 168	= 57,20 %
Miesenleger und Terrazzoarbeiter	2 174	= 0,67 %
Putzer	2 885	= 0,90 %
Stukkateure	10 329	= 3,15 %
Zement- und Betonarbeiter	4 579	= 1,42 %
Möbeler und Steinholzleger	1 279	= 0,39 %
Bauhilfsarbeiter	110 500	= 33,14 %
Erdarbeiter	10 261	= 3,18 %

Von den 21 Bezirken des Verbandes haben 20 eine Mitgliederzunahme; der Bezirk Südbayern eine Abnahme von 1083. Dieser Bezirk hatte im Jahre 1911 eine ganz außerordentliche Zunahme; jetzt ist die Bautätigkeit in den beiden Hauptorten München und Augsburg sehr zurückgegangen, und daher die Abnahme. Die härtesten Steigerungen weisen die Bezirke Dresden, Leipzig, Berlin und Ostpreußen auf.

Die Massenverhältnisse haben sich, wie schon bemerkt, sehr gut entwickelt, die besten Hoffnungen sind in dieser Hinsicht übertrafen worden. Die Zweigeinheiten nahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern 7 722 883 Mk. ein. Dazu kommen noch die Einnahmen der Hauptklasse aus den Beiträgen der Einzelmitglieder, aus den Zinsen des belegten Geldes, die 309 285 Mk. betragen, der Hauptklassenbestand des Stukkateurverbandes im Betrage von 221 873 Mk. und einige hundert Mark sonstiger Einnahmen. Von den Ausgaben seien die Hauptposten genannt: für Rechtsschutz, Gemahregelungen, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung insgesamt 1 082 297 Mk., für Streiks im Gewerbe 737 009 Mk., Agitation 281 452 Mk. (vorwiegend vornehmlich die Kosten der 21 Bezirksbüros mit 40 Angestellten zu versehen sind). Den Zweigeinheiten blieben für ihre Zwecke 1 559 696 Mk. Das Vermögen des Verbandes beträgt in der Hauptklasse 12 637 990 Mk. und in den Lokalstellen 2 731 575 Mk., insgesamt also 15 369 565 Mk. oder pro Mitglied 46,18 Mk.

Alles in allem genommen, bietet die äußere Entwicklung des Bauarbeiterverbandes ein Bild erfreulichen, gefunden Wachstums und Erfahrens und entspricht so durchaus der allgemeinen Entwicklung unserer Gewerkschaften. Der Anstoß des Stukkateurverbandes hat den Gedanken der Einheitsorganisation seiner Bewirtschaftung um einen Schritt näher gebracht. Die einflusslose Inangriffnahme der Arbeitslosenunterstützung durch den Verbandsvorstand entspricht einem hochbedeutenden Ausbau der inneren Einrichtungen. Weitere Beschlüsse des letzten Verbandstages werden in ihren Wirkungen gleichfalls zur Verwirklichung der Gesamtorganisation beitragen, so daß auch für die Zukunft eine günstige Entwicklung zu erwarten ist.

Aus der Partei.

10. badischer Reichstagswahlkreis. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens stellt an die Kreise das Ersuchen, mit dem 3. Quartal 1912/13 alsbald abzurechnen. Um dies zu ermöglichen, richten wir an unsere Ortsvorstände die dringende Bitte, Abrechnung und Gelder für genanntes Quartal sofort an den Kreisfiskal G. Schwerdt in Karlsruhe, Wilhelmstraße 76, einzusenden zu wollen.

Rußheim, 4. April. Gestern nachmittags 6 Uhr starb unser Parteigenosse und zweiter Vorstand, Gen. Gust. Lang, Maler, im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung. Lang war ein Mitbegründer unserer heutigen politischen Organisation und ein eifriger Kämpfer für unsere Sache. Er hinterläßt eine Frau mit 6 unversorgten Kindern. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Odenheim, 4. April. Am Sonntag, 6. April, nachmittags 1 Uhr, findet im Gasthaus zur „Mulle“ eine Versammlung statt, in welcher Genosse U. A. Biele, Buchdrucker aus Karlsruhe, über „Wirtschaftliche und politische Organisation“ sprechen wird. Zu dieser Versammlung sind unsere Mitglieder, sowie Volksfreundler und Gewerkschaftsmitglieder höflich eingeladen und bitten wir recht zahlreichen Besuch.

Preßprozeß. Genosse Rauch von der „Volkszeitung“ in Zittau sollte in einem Artikel in der „Volkszeitung“ den in der Mehrzahl antisemitischen Stadtrat in Wauchen beleidigt haben. Er hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht in Zittau zu verantworten. In dem Artikel wurde von dem Stadtrat verlangt, Auskunft darüber zu geben, ob für die auswärts wohnenden Großabnehmer von Strom vom städtischen Elektrizitätswerk Verkaufspreise unter Selbstkosten festgesetzt seien, wohingegen die städtischen Stromabnehmer mehr zahlen müßten. — In diese Anfrage waren einige Betrachtungen über die vermutliche Antwort des Stadtrats geknüpft, die als Beleidigung angesehen wurden. — Genosse Rauch erhielt 300 Mk. Geldstrafe. Vor dem Düsseldorf Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Genosse Bau Gerlach von der Düsseldorf „Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Venrath (Kreis Düsseldorf) und eines Polizeikommissars zu verantworten. Am 26. Januar, einem Sonntag (1), war auf einem Neubau in Venrath ein Bauarbeiter abgestürzt und hatte sich schwere Verletzungen zugezogen. Im Anschluß an einen Bericht über diesen Unfall hatte Genosse Gerlach die mangelhafte Baukontrolle scharf kritisiert. Durch diese Kritik fühlten sich die beiden Beamten beleidigt und pflichtschuldigst erhob der Staatsanwalt Anklage. In der Verhandlung wurde die mangelhafte Baukontrolle erwiesen, der angeklagte Redakteur aber trotzdem wegen Beleidigung, die in der Art der Abfassung liegen soll, zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Schutz des § 193 Str.G.B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten verweigert, weil er angeblich das Maß einer objektiven Kritik überschritten habe.

Wegen Beleidigung des elsässischen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Dr. G. a. e. g. h. hatte sich Gen. Fischer von der Straßburger „Freien Presse“ zu verantworten. In einem Artikel wurde die Abstammung dieses Abgeordneten, der für die selbst von ihm als Korruptionsfonds angelegene Ortsumgehung gestimmt hat, weil auch die elsäss-lothringischen Beamten dabei bedacht werden sollten, mit einigen recht scharfen Worten gliedert. Gen. Fischer wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Von dem sozialdemokratischen Geschichtskalender, den die Buchhandlung Vorwärts unter diesem Titel herausgibt, liegt nunmehr der erste Jahrgang, die Ereignisse des Jahres 1912 umfassend, abgeschlossen vor. Er bildet einen Band von mehr als 850 Seiten, in dem alles zusammengetragen und verzeichnet ist, was von den Vorgängen des letzten Jahres, vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus gesehen, irgendwie bedeutungsvoll erscheint. 405 Seiten des Bandes werden von der Darstellung der Vorgänge im deutschen Reich und den Einzelstaaten eingenommen; der Rest verteilt sich auf die verschiedenen Staaten des Auslandes. Ein drei Bogen umfassendes, sorgfältig bearbeitetes alphabetisches Sachregister bietet einen Überblick über die unendliche Mannigfaltigkeit der verzeichneten Ereignisse und Tatsachen. Eine ausführliche Einleitung, die die Ereignisse von 1912 in knapp zusammenfassender Zusammenfassung Revue passieren läßt, erleichtert die allgemeine Lektüre.

Das Erscheinen dieses wichtigen Wertes in vierteljährlichen Lieferungen wird fortgesetzt, und zweifellos wird mit jedem neuen Heft sein Wert und seine Unentbehrlichkeit für alle geistigen Arbeiter der Arbeiterbewegung klarer erkannt werden. Ohne genaue Kenntnis früherer Entwicklungstadien einer Angelegenheit ist ihre weitere Darstellung und Behandlung unmöglich, die Kenntnis des Vorganges wird aber unter Vermittlung umfassender Spezialforschungen durch dieses überflüssige und mühselige Handbuch mit Leichtigkeit vermittelt. Darum wird sich wohl sehr rasch die Einsicht Bahn brechen, daß das Internationale Jahrbuch überall, wo für die Arbeiterbewegung parlamentarische, journalistische, gewerkschaftliche oder sonstige Arbeit geleistet wird, als unentbehrliches Hilfsmittel bei der Hand sein muß.

Das Internationale Jahrbuch erscheint vierteljährlich und kostet pro Jahr 10 Mk. Der gebundene Jahresband kostet 12,50 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Tarifverhandlungen im Gipsergewerbe.

Nach dem Schiedsspruch des Zentral-Schiedsgerichts für das Gipsergewerbe Süddeutschlands haben bezüglich der im Gipsergewerbe ablaufenden Tarifverträge die örtlichen Verhandlungen vor einem Bezirks-Schiedsgericht stattgefunden, das aus einem unparteiischen Vorsitzenden und aus je 2 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Das für den Landeskommissariatsbezirk Karlsruhe eingesetzte Bezirks-Schiedsgericht, bestehend aus den Herren Bürgermeister Dr. Hoffmann, Karlsruhe, als unparteiischer Vorsitzender, Malermeister Karl Oberle, Karlsruhe, Schreinermeister August Stöckle, Karlsruhe als Vertreter der Arbeitgeber, Verbandssekretär Heinrich Sauer, Karlsruhe, Arbeitersekretär Dietrich Pforsheim als Vertreter der Arbeitnehmer, hat am 2. April ds. J. im Rathaus zu Karlsruhe seine Verhandlungen aufgenommen und nach Anhörung der Vertreter der beiderseitigen Organisationen unterm heutigen seinen Schiedsspruch erlassen. Die hauptsächlichsten Streitpunkte wurden durch den Schiedsspruch wie folgt erledigt:

- a) Tarifvertrag für den Lohnbezirk Karlsruhe. 1. Der Vertrag umfaßt sämtliche Orte des Amtsbezirks Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Ettlingen und Rastatt; 2. die Sommerarbeitszeit beträgt 9 Stunden; 3. der Stundenlohn der Gipsler beträgt 70 Pf., vom 1. April 1914 an 72 Pf.; 4. der Stundenlohn der Hilfsarbeiter über 17 Jahre beträgt bis zum 20. Jahre 38 Pf., für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 48 Pf.; 5. die bestehenden Akkordsätze sollen prozentual nach Maßgabe des neu festgesetzten Stundenlohnes umgerechnet werden. Diese Umrechnung wird der örtlichen Tarifkommission übertragen, die verpflichtet sein soll, gleichzeitig darüber Entscheidung zu treffen, ob und inwiefern auch im übrigen eine Änderung dieser Sätze einzutreten hat; 6. für die Orte der Amtsbezirke Bruchsal, Ettlingen und Rastatt wird der Stundenlohn der Gipsler bei 9½stündiger Sommerarbeitszeit auf 65 Pf., für Hilfsarbeiter auf 35 und 40 Pf. festgesetzt. Wenn jedoch die Arbeit in der Stadt Karlsruhe ausgeführt wird, sollen die für diesen Ort festgesetzte Arbeitszeit und Stundenlöhne maßgebend sein.
- b) Tarifvertrag für den Lohnbezirk Pforzheim. 1. Der Vertrag umfaßt sämtliche Orte des Amtsbezirks Pforzheim; 2. die Sommerarbeitszeit beträgt 1913 und 1914 9½ Stunden, 1915 9 Stunden; 3. der Stundenlohn der Gipsler beträgt 68 Pf., vom 1. April 1915 an 71 Pf.; 4. der Stundenlohn der Hilfsarbeiter über 17 Jahre beträgt bis zum 20. Jahre 38 Pf., für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 48 Pf.; 5. hinsichtlich der Umrechnung und Akkordprüfung der Akkordtarifsätze gilt das Gleiche wie bei Karlsruhe.

Für den Lohnbezirk Offenburg wurde ein Schiedsspruch nicht erlassen, weil die Vertreter der beiderseitigen Organisationen die Erklärung abgegeben hatten, daß sie zurzeit nicht in der Lage seien, eine Verlängerung des bestehenden Tarifvertrags abzugeben.

Kommunalpolitik.

Boronschlagsberatungen. Der Bürgerausschuß von Schmieheim, A. Bahr, genehmigte den Boronschlag für 1913. Durch einen günstigen Abschluß des Geschäftsjahres 1912 konnte der Umlagefuß um 3 Pfg. erniedrigt werden; er beträgt jetzt 27 Pfg. — Der Bürgerausschuß von Zell a. S. genehmigte den Boronschlag für 1913, der bekanntlich eine Umlagerhöhung vorsieht.

Sozialdemokratische Abwehr. Die vieler Stadtvorordnenerversammlung besteht aus 24 sozialdemokratischen und 24 bürgerlichen Vertretern. Soweit die Stadtvorordnenerversammlung für sich allein tagt, haben die Sozialdemokraten fast immer die Mehrheit, weil von den Bürgerlichen gewöhnlich einige Mitglieder fehlen. Bei der kürzlich erfolgten Wahl von 5 Abgeordneten zum Provinzialparlament, von denen 3 aus dem Kreise der Stadtvorordnenen zu wählen waren, ignorierten die bürgerlichen Vertreter den Wunsch der Sozialdemokraten, auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion als Provinzialparlamentarier zu wählen. Die Sozialdemokraten wurden überstimmt, weil Magistrat und Stadtvorordnenkollegium bei diesen Wahlen ein Wahlkollegium bilden. — In der Stadtvorordnenerversammlung am Dienstag sollte nun die neugebildete Grundstücks-Kommission, eine der wichtigsten städtischen Kommissionen, besetzt werden. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Vertreter die Erklärung abgeben, daß sie für dieses Mal noch für eine partielle Befreiung der Kommission sein werde. Würden sich aber Fälle wie bei der Provinzialparlamentwahl wiederholen, dann würde auch die sozialdemokratische Fraktion in Fällen, wo sie den Ausschlag gebe, so tun, als ob die bürgerlichen Vertreter nicht existierten. Diese Erklärung tief eine scharfe Bestürzung bei den bürgerlichen Vertretern hervor.

Theater und Musik.

6. (letztes) Konzert des Karlsruher Streichquartetts.

Den diesjährigen Abschluß der zu hoher künstlerischer Bedeutung gelangten Veranstaltungen des Karlsruher Streichquartetts bildete ein Konzert am Mittwochabend im Museumsaal in Karlsruhe, dessen Programm ausschließlich „Schubert“ gewidmet war. Zu den poetischsten Schöpfungen Schuberts auf dem Gebiete der Instrumentalmusik gehört unstreitig das „Es-Dur-Trio op. 100“ (für Klavier, Violine, Cello), dessen Andante überfließt von himmlischem Gesange, während das Scherzo mit seiner humoristischen Laune unmittelbar an Beethoven gemahnt. Die Herren Reichwein, Deman und Schwanzara ließen das Werk mit all seinen inneren Schönheiten vor uns ersehen. Besonders war es Herr Reichwein, den Malierklang der Romantik prägende „Dittett für Streich- und Blasinstrumente op. 186“, welches in seiner verschiedenen und reichverzweigten Instrumentensprache einen samerblichen Reiz auf die Hörer ausübte. Die Herren: Deman, Müller, Weingarthaus, Schwanzara, Grunschow, Klapp, Suttner und Wenl, jeder ein Meister auf seinem Instrument, vertieften sich mit ganzer Hingabe in das wundervolle Tongewebe, so daß die künstlerische Wiedergabe dieses Dittetts in allen seinen Sätzen uneingeschränkte Anerkennung fand.

Die Quartettvereinigung kann nach diesem letzten Konzert auf eine erprobte Tätigkeit in der abgelaufenen Saison zurückblicken, denn was sie ihrem Publikum bot, waren ideale Gemüts- und hochinteressierende Kunstwerte geklärtester Art. W. Sch.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- (Angabe ist der Preis für Sperrst. 1. Mt.)
 Samstag, 6. April. C. 49. „Belinde“, ein Liebesstück in 5 Akten von Herbert Eulenberg. 7 bis gegen 10. (4 Mk.).
 Sonntag, 6. April. (32. Vorst. außer W.). „Der Ring des Nibelungen“. Dritter Tag. „Götterdämmerung“ in 1 Vorst. und 8 Akten von W. Wagner. Drünnhilde: Gächle Rißch-Endorf. Siegfried: E. Forchhammer vom Hoftheater in Wiesbaden als Gast. ¼ bis ¾ 11. (6 Mk.).
 Montag, 7. April. C. 50. „Herodes und Marianne“, Tragödie in 5 Akten von Gebbel. 7 bis gegen 11. (4 Mk.).
 Dienstag, 8. April. B. 51. „Der Freischütz“, romantische Oper in 3 Akten von Weber. 7 bis nach ¼ 10 Uhr. (4,50 Mk.).
 Donnerstag, 10. April. A. 51. „Was dem der Hag“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. 7 bis nach ¼ 10 Uhr. (4 Mk.).
 In Baden = Baden:
 Sonntag, 6. April. (5. Vorst. außer W.). „Charles Fante“, Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. 8 Uhr.

Bürgerausschussung in Lulach. Mittwochabend fand hier eine Bürgerausschussung statt. Zwei Punkte standen auf der Tagesordnung: 1. Verkauf von Gelände zur Erstellung einer Fabrikanlage im Gewann Mittelschmoller, das Quadratmeter zu 2,50 Mk.; 2. Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1913. — Der erste Punkt wurde ohne wesentliche Debatte genehmigt. Bei Beratung des Voranschlags (Punkt 2) sprach von Seiten der sozialdem. Fraktion W. A. M. Gen. A. Böhner. Der diesjährige Voranschlag sei als günstig gegenüber dem vorjährigen zu bezeichnen. Der große Vorrat von 7000 Mk. rühre lediglich daher, daß einige Posten im Vorjahre sehr hoch eingestuft worden waren. Unser Antrag von damals, einige Abstriche vorzunehmen, um dadurch die Umlage 8 Pf. niedriger zu halten, war also wohl berechtigt. Bei einigen anderen Posten hat er um nähere Erläuterungen, da ihm der Aufwand zu hoch erscheine. Die Aufklärungen wurden bereitwillig gegeben. Zum Schluß verlangte er die Wiedereinsetzung der Kommission, die schon früher bestanden habe, die die Erläuterungen der Vorlagen, die an den Bürgerausschuss gelangen, entgegennehmen. Dadurch würden unnütze Diskussionen vermieden. Von der Gemeindefraktion wurde dem Vorschlag des Herrn Böhner über einige Punkte. Von fortschrittlicher Seite sprachen die Bürgerausschussmitglieder Traub und Hagenbucher. Letzterer brachte eine Reihe von Wünschen vor, u. a., daß die Wertpapiere verkauft und das Geld auf Kassen angelegt werden solle, damit die Gemeinde jederzeit flüssiges Geld habe; ferner, daß die beiden obersten Schulklassen Ganztagsunterricht erhalten sollten. Diese Ausführungen veranlaßten W. A. M. Gen. B. u. S., ebenfalls das Wort zu ergreifen, er machte die Herren vom Fortschritt auf die Konsequenzen aufmerksam, die ja von ihnen nie gegungen wurden. Die Forderung, die Ganztagschule für die beiden obersten Klassen einzuführen, sei der sozialdem. Fraktion sehr sympathisch, der Verkauf von Wertpapieren dagegen würde jetzt zu sehr empfindlichen Verlusten führen. Man solle aber die Anregung im Auge behalten. Er wolle aber die Herren auch höflich ermahnen, daß, wenn sie Anträge stellen, die größere Ausgaben verursachen, sie auch den Mut haben möchten, vor der Allgemeinheit die Verantwortung zu tragen, wenn die Umlage sich erhöhe. Sie möchten es nicht wieder machen wie voriges Jahr bei den Wahlen, wo sie mitteilten, die so tagen des Gemeinderats zu genehmigen, der Sozialdemokratie aber die Schuld an der Erhöhung der Umlage zuschoben.

Aus dem Voranschlag ist folgendes hervorzuheben: Die Gesamtausgaben betragen 50 488 Mk., die Gesamteinnahmen 30 878 Mk., es bleiben mithin zu decken 19 610 Mk. Die Umlage beträgt 14 Pf. auf Liegenschaftsteuerwerte, 14 Pf. auf das Betriebsvermögen, 7 Pf. auf Kapitalvermögen, 24 Pf. auf 1 Mk. Einkommensteuer und 28 Pf. auf 1 Mk. umlagepflichtigen Wert des Bürgergebäudes. Die Liegenschaftsteuerwerte betragen 3 739 740 Mk., das Betriebsvermögen 378 700 Mk., das Kapitalvermögen 596 000 Mk., die Einkommensteuer 9462 Mk. und der umlagepflichtige Wert des Bürgergebäudes 10 433 Mk. — Dem Voranschlag wurde einstimmig zugestimmt. Nachdem noch die Bürgerausschussmitglieder Gen. W. Böhner und C. Braun betr. Kaufsprei und Bürgerauschuss zur Gabelung Wünsche geäußert hatten, konnte die Sitzung geschlossen werden. Die sozialdem. Fraktion kann mit dem Verkauf der Beratungen vollauf zufrieden sein, sie hat bewiesen, daß ihr das Allgemeinwohl sehr am Herzen liegt und daß das Vertrauen, das die Wähler in sie gesetzt, vollauf zu würdigen weis.

Aus dem Lande.

Drelach. — Ueber Ergebnisse in der Fremdenlegion fällt morgen Sonntagabend in der Festhalle ein ehemaliger Fremdenlegionär einen Vortrag. Ferner wird das bekannte Krügelkonzert-Ensemble bei dieser Veranstaltung mitwirken, worauf wir aufmerksam machen möchten. (Siehe Inserat.)

Stillingen. — Einen Familienabend veranstaltet der Arbeitergesangverein „Eintracht“ am Sonntag, 6. April, abends 7 Uhr im Saal des Reichsadler-Saales, bestehend in Konzert, Gesang und Tanz. Mit der Veranstaltung selbst ist ein Sozialloggen verbunden, das, wie üblich, Samstagabend beginnt und Sonntag mittig fortgeführt wird. Die Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen, sowie Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

— Nach dem Generalversammlungsbericht der Aktien-Gesellschaft für Spinnerei und Weberei kommt eine Dividende von 7 Prozent zur Verteilung. Nach den Mitteilungen der Division haben sich die Geschäftsaussichten verschlechtert, da die allgemeine Geschäftslage keine günstige ist.

Baden-Baden. — Fremdenverkehr. Die Zahl der im Monat März hier ankommenden Fremden betrug 4350. Das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 1900.

— Gefellenprüfung mit Ohrfeigen. Ueber sonderbare Vorkommnisse bei einer Gefellenprüfung in der Gewerbeschule geht ein Bericht zu, der ein bedenkliches Licht auf die Umgangsformen des Gewerbelehrers G. mit seinen Schülern wirft. Wir wollen den Bericht zunächst nicht im Wortlaut veröffentlichen und nur die Tatsache daraus mitteilen, daß der Gewerbelehrer bei der in voriger Woche stattgefundenen Gefellenprüfung der Wiederlehrerin einem derselben im Weisse des Prüfungsausschusses eine kräftige Ohrfeige verabfolgte. Begründet dabei ist, daß keiner der anwesenden Meister dagegen protestierte, nur einer der 2 Gefellen, die dem Prüfungsausschuss angehören, protestierte dagegen, was den Herrn Gewerbelehrer nicht im geringsten genierte. Ja, er schrie sich noch auf über den Protest und meinte seinen Schülern gegenüber: „Nach einem solchen habe ich gar nichts zu fragen; ein Vätergeselle ist für mich eine Null. Ich bin seit zehn Jahren Gewerbelehrer.“ Die vorgesetzte Behörde sollte dem Herrn begreiflich machen, daß ein derartiges Auftreten eines Lehrers nicht angängig ist.

Offenburg. — Auf die Parteiversammlung, welche heute Samstagabend im „Anker“ stattfindet, machen wir die Mitglieder auch an dieser Stelle aufmerksam. Gen. Stadtrat Mönch wird über die Geschichte des Panamakanals und seine wirtschaftlichen Vorteile sprechen. — Die Wähler, die jetzt nachkommen und neu geordnet ist, steht den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern wieder zur Verfügung. Eine Anzahl neuer Werke wurden zugelegt.

— Ueber den Panamakanal wird in der Parteiversammlung nächsten Samstagabend Genosse Mönch einen Vortrag halten. Dieses interessante Thema wird gewiß dazu beitragen, daß die Versammlung stark besucht wird.

— Das städtische Museum hatte sich in der letzten Zeit wieder zahlreicher Zuwendungen zu erfreuen, ebenso sind wertvolle Antiquitäten angeschafft worden. Unsere städtischen Sammlungen zeigen eine Reichhaltigkeit, die ebenso belehrend wie unterhaltend den Besuchern frei zur Verfügung stehen. Der bescheiden Arbeitergesellschaft kann nur empfohlen werden, an Sonntagen das Museum fleißig zu besuchen. Dasselbe kann von unserem Aquarium gesagt werden, das jetzt durch ein inter-

essantes Aquarium mit Meerestieren, Korallen, Seefarnen usw. erweitert wurde.

— Das australische Hammelfleisch fand trotz dem billigen Preis und der allseitig gelobten Qualität nicht den reichen Absatz, den die Stadtbeförderung erwartete. Hammelfleisch ist eben in unserer Gegend nicht so beliebt. Es wäre vielleicht auch besser gewesen, nur in einzelnen geeigneten Metzgereien das Fleisch zum Verkauf zu bringen. Der Stadtrat hat davon abgesehen, eine zweite Sendung kommen zu lassen. Andererseits ist es sicher, daß die Arbeitererschaft und ein großer anderer Volksteil sich auch für 70 Pf. noch kein Pfund Fleisch leisten kann. Diese Leute sind froh, wenn sie bei dieser enormen Teuerung das notwendige Brot haben.

— Unser Kantinieren hält am Sonntag, den 13. April, in der „Mittelhalle“ eine Versammlung ab, wozu die Frauen besonders und dringend eingeladen werden. Die früher auf den gleichen Tag gemeldete Landesversammlung der badischen Milchhändler findet am 20. April in der „Mittelhalle“ statt.

Bretten, 4. April. Vergangene Nacht gegen 11 Uhr brach in der Scheuer des Landwirts Ludw. Wipf in der Rehhütte Feuer aus, das diese einscherte und heute morgen um halb 10 Uhr brannte auch das dazugehörige Wohnhaus nieder. Wipf wurde wegen Brandstiftung verhaftet und in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

Bretten, 4. April. Das Wandtheater des Rheinischen Verbands für Volksbildung ist mit der hiesigen Stadtbewohner in Unterhandlung getreten zwecks Aufführung einiger Volksstücke. Nächsten Dienstag abend 8 Uhr findet eine Probevorstellung in Saale des Gasthauses z. „Stadt Forzheim“ statt. Von dieser Probevorstellung wird es abhängen, ob eine Reihe von Theaterstücken hier aufgeführt werden, d. h. wenn daselbst gut besucht wird. Zur Aufführung kommt nächsten Dienstag „Mina von Barnhelm“ von G. E. Lessing. Da hier selten berattene Volksstücke gegeben werden, liegt es an der hiesigen Arbeitererschaft, ob sie solche Vorstellungen für Volksbildung unterstützen und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeitererschaft durch zahlreichem Besuch dieses Theaters unterstützt. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. und sind Programme, die zum Eintritt berechtigen, bei den bekannten Genossen zu haben.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. April.

Die Aussperrung der Maler.

Endlich ist es auch den Herren vom Arbeitgeberverband wieder gelungen, im Karlsruher Vohngelände einen weiteren Erfolg zu erringen. In Karstadt ist am 1. April ein Kollege ausgesperrt worden. Im übrigen sind die Arbeiter mit dem bisherigen Aussperrungsergebnis zufrieden. Zu unterstützen sind noch 25 Kollegen im ganzen Vohngelände. Bis jetzt sind 35 Sonderverträge abgeschlossen worden. Zu den bis jetzt veröffentlichten Malermeistern, die unterdrückt haben, sind noch hinzugekommen die Firmen L. Kappeler, Luisenstraße, und A. Mayer, Kirchstraße. Unseren Berufskollegen, besonders jenen auf den Bauteilen, möchten wir verschiedene Elemente bekannt geben, die umgewandelt sind und dadurch Verrat an ihren Arbeitsbrüdern begangen haben. Es sind dies: Emil Meinzer, Pfl. Morlock, Otto Roth bei Behne u. Schach; Emil Groß bei Croß, Emil Knobloch bei Fr. Wagner.

Wenn die Herren vom Arbeitgeberverband nun doch so sehr für das Wohl des edlen Handwerks besorgt sind, so mögen sie doch einmal gefälligst anfangen, wo es notwendig ist, nämlich in ihren eigenen Reihen. Submissionsbüro wie die gestrige für die Malerarbeiten des neuen Hauptbahnhofes mit einer Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot von 17 000 Mark zeigen wahrhaftig nicht, daß man so sehr für das Wohl des Handwerks besorgt ist. An 2 Pfennigen Lohnerhöhung pro Stunde muß natürlich das Handwerk zu Grunde gehen. Bei dieser Submission merkte man nichts davon.

Die Filialverwaltung.

Gegen den Rüstungswahn

lautet das Thema, über das morgen, Sonntag früh 10 Uhr im Kolosseum, Waldstraße 16, in einer öffentlichen

Volksversammlung

Genosse Landtagsabgeordneter W. Koll sprechen wird.

Wer will, daß dem deutschen Volke nicht immer wieder neue Lasten aufgebürdet werden,

wer will, daß dem unglücklichen Treiben der Rüstungshetze endlich Einhalt geboten wird,

wer den Frieden liebt und den Krieg, der die logische Folge dieses Rüstungswahns ist, haßt,

für den lautet am morgigen Sonntag die Parole:

Ins Kolosseum zur Protestversammlung!

Das letzte vollstündliche Synchron-Konzert der Reichsgrenadierkapelle, das am 16. April stattfindet, verspricht wieder einen schönen künstlerischen Genuß. Herr Verhagen wird im ersten Teil des Programms die Besucher mit weiteren Werken Beethoven's bekannt machen, während der zweite Teil dem norwegischen Komponisten Grieg gewidmet ist. Die dem Programm beigegebenen Erläuterungen werden dem Zuhörer die gebotenen Werke leicht verständlich machen. Niemand sollte daher veräumen, auch diesem letzten Konzert beizuwohnen, zumal auch dieses Mal der Eintrittspreis ein so niedriger ist.

Billige Karten zu 25 Pf. sind einschließl. 10. April in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Arbeitersekretariat, „Volksfreund“, „Wächter“, „Luna“ auf den Ge-

werkschaftsbureaus, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, „Schrumpel“, Durlacherstraße, im „Auerhahn“, Schützenstraße, in der „Eiche“, Augartenstraße, in der „Palme“, Leisingstraße, sowie in den Singstunden der Arbeiter-Gesangvereine.

Der Streik der Mühlenarbeiter in Grünwinkel ist durch Tarifabschluß beendet. Die Mühlenarbeiter haben nach viertägigem Streik einen glänzenden Erfolg errungen. Einmütig wie sie die Arbeit niederlegten, gehen sie wieder in den Betrieb hinein. Es wurde ein zweijähriger Tarifvertrag mit der Firma Sinner vereinbart. Jeder Arbeiter erhält sofort eine Lohnzulage von 30 Pf. und am 1. April nächsten Jahres eine solche von 20 Pf. pro Tag. Den Schichtarbeitern wird ein halber Stundenlohn als besondere Zulage gewährt. Während der Tarifdauer erhöht sich der Lohn um mindestens 4,20 Mk. in der Woche. Ebenso wurden die Einstellungslöhne um 30 Pf. pro Tag erhöht. Urlaub und sonstige soziale Einrichtungen erfahren ebenfalls eine Verbesserung. Die Herren Direktoren haben nun wohl eine andere Meinung von den Mühlenarbeitern bekommen.

Die Kochschule der Mädchenfürsorge des badischen Frauenvereins, welche mit Unterstützung der Stadt für über 16 Jahre alte Mädchen von hier errichtet ist, wird am 7. April im Hause Kriegstraße 48 eröffnet. Zu dem ersten sechsmonatlichen Kurs haben sich elf Teilnehmerinnen gemeldet. Für den Unterricht sind zwei Kochlehrerinnen angestellt. Mit der Kochschule ist ein billiger Mittagstisch (für 80 Pf.) für Herren und Damen in getrennten Räumen verbunden. Dem Zweck der Anstalt entsprechend wird alle Mühe darauf verwendet, daß die Speisen sorgfältig zubereitet und schmackhaft sind.

Vom städtischen Gaswerk. Die Zeitschrift „Licht und Wasser“ enthält folgende Notiz, die in weiten Kreisen großem Interesse begegnen dürfte: „Nachdem das hiesige Gaswerk infolge technischer Verbesserungen, wie Vertikalöfen usw., bedeutend billiger arbeitet und statt 400 000 Mk. wie bisher nur 250 000 Mark Reingewinn erzielt werden soll, wird der Gaspreis erheblich niedriger werden.“

Die Lage Refugium des N.O.G.V. Nr. 106 feiert am morgigen Sonntag, von nachmittags 4 Uhr ab, im Reformrestaurant, Kaiserstr. 56, ihr 3. Jahresfest mit Vortrag Deklamationen, Musikvortrügen usw. Freunde und Gönner der Enthaltenssache sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Arbeiterbildungsverein. Am Montag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Hause des Vereins, Wilhelmstr. 14, Herr prakt. Arzt Dr. Phil. Janson über: „Das Wesen der Krebskrankung, Rückbildung und Ausbilde der Krebsforschung“. Der Vortrag wird mit Lichtbildern illustriert werden, die das Institut für Krebsforschung in Heidelberg zum Vortragabend überlassen hat. Der Besuch des Vortrags ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Konzert im Stadtpark. Das morgen mittig bei schönem Wetter im Stadtpark (sonst in der Festhalle) stattfindende Konzert wird von der Feuerwehrcapelle unter Leitung ihres Kapellmeisters Riese ausgeführt werden. Herr Riese hat ein sehr schönes und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Wir erwähnen aus demselben: Die Overtüre zu „Die weiße Dame“ und „Dichter und Bauer“, „Fantasie aus „Das Glück des Eremiten“, zwei Walzer: „Im Lande der Liebe“ und „Immer oder nimmer“. Großes Interesse dürfte dem Trompetensolo entgegengebracht werden, da zwei von dem bekannten Gesangsänger Stöcker komponierte Lieder: „O Alpenhöhen, o Bodensee“ und „Grüß an den Hohentwiel“ zum Vortrag gebracht werden. Das Programm verspricht also einen außerordentlichen Genuß.

Kolosseum. „Nobis lustige Bühne“ hat den ihr vorausgegangen guten Ruf vollauf gerechtfertigt. Selten dürfte hier ein Ensemble gastiert haben, das eine solche große Anzahl hervorragender Künstler in sich vereint, die, sämtlich geborene Komiker, mit ihrem goldenen Humor und ihrem gefunden Mutterwitz die zur Darstellung kommenden Stücke stets zu zweifelloser Schütternder Wirkung bringen. Kein Wunder deshalb, daß der famose Schwank „Der Mann mit dem Fimmel“ einen Weiterleitserfolg erzielt, wie man ihn hier noch nicht erlebt hat. Wer sich einmal lächlich amüßigen und von Herzen auslachen will, der sehe sich den „Mann mit dem Fimmel“ an. — Morgen, Sonntag, finden 2 große Vorstellungen statt. Nachm. 4 Uhr geht der übermütige Schwank „Eine nette Verlobung“ in Szene, abends 8 Uhr ist die einzige Sonntagsvorstellung des tollen Lachschlagers „Der Mann mit dem Fimmel“, der Montag und Dienstag zum letzten Male gegeben wird. — Am Mittwoch, den 9. April, geht als 2. Abstrich der Dreifakter „Schieber“ in Szene.

Residenztheater. Das neue Programm wird eingeleitet mit dem Sitten-Drama aus der russischen Gesellschaft „Die Studentin“. Danach folgt die Wiedergabe der neuesten Ereignisse durch das Pathé-Journal. Was Kinder, der bekannte Humorist, erweckt in dem Film „Was als Wohlthäter“ große Heiterkeit, die sich aufs neue einstellt, wenn die beiden weiteren Komödien „Die vertirte Einladung“ und „Der Cowboy sucht Engagement“ auf der Leinwand erscheinen. Wir sehen noch die holl. deutsche Hofschauspielerin Asia Nielsen-Gad in dem Schauspiel „Beraterin“ und zwei kleinere Dramen „All Heil“ und „Das Alarmsignal“. Das vielstündige Programm bietet sicher für jeden etwas.

Neues vom Tage.

Gaserplosion.

Lüdingen, 2. April. In einem Hause der Eugenstraße hatte ein ausziehender Mieter vergessen, den Stöpsel in eine Leuchtungsöffnung einzuschrauben, aus der die Gaslampe entfernt wurde. Der neue Mieter betrat die Wohnung mit einer brennenden Zigarette. Dadurch explodierte das Gas und schlug an der ganzen Front der Wohnung die Fenster hinaus. Die Vermieterin, Schaffnerwitwe Dieter, die bei der Explosion zugegen war, und der neue Mieter, Schaffner Leising, wurden durch Brandwunden erheblich verletzt.

Verurteilte Schwindlerin.

Dresden, 4. April. Das Landgericht Dresden verurteilte heute nachmittags nach dreitägiger Verhandlung die geschiedene Kantorsfrau Anna Fröhling aus Hamburg, zuletzt in Schandau und Dresden wohnhaft, wegen Darlehensschwundeleien, des Kreditbetruges usw. zu 4 Jahren Gefängnis. 6 Monate wurden auf die Unterbringung angedrängt. Die Frau hatte in Berlin, Hamburg, Schandau insgesamt 536 000 Mk. erschwindelt. Bei ihren Schwundeleien gab sie an, eine illegitime Tochter des Kaisers Friedrich und eine Schwägerin des Fürsten Bismarck zu sein und eine geheime Rente von jährlich 36 000 Mk. zu erhalten. Sie führte ein überaus luxuriöses Leben, haupt-

schlich in Berlin, Dresden, Schandau, bis sie im Februar 1912 verhaftet wurde.

Unglücksfall.

Brüssel, 4. April. Infolge des Brandes des Hippodroms war ein benachbarter Platz stark gefährdet. Gestern gingen sieben Arbeiterinnen an einer stark beschädigten Mauer entlang, die plötzlich einstürzte und alle sieben unter sich begrub. Drei wurden sofort getötet, vier schwer verletzt ins Spital gebracht.

Letzte Nachrichten.

Rückkehr des Z. IV. aus Frankreich.

Paris, 4. April. Eine Note der 'Agence Havas' besagt: Sobald die Regierung davon verständigt worden war, daß ein deutsches Luftschiff in Lüneville gelandet sei, ordnete sie eine sofortige Untersuchung an, mit der die Militärbehörde betraut wurde. Die Untersuchung wurde von General Lescot und dem ständigen Generalinspektor des Militärflugzeugwesens, Sirschauer, unter dem Beistand des Unterpräfekten von Lüneville, Lacombe, vorgenommen. Die Untersuchung ergab, daß das Luftschiff Privateigentum der Zeppelin-Gesellschaft ist, und daß die drei Offiziere, die sich an Bord befanden, die Abnahmekommission bilden. Aus der Untersuchung geht ferner hervor, daß das Luftschiff in korrekter Weise landete, als seine Insassen bemerkten, daß sie sich über einer großen französischen Garnison befanden. Es hatte vollständig die Orientierung verloren. Hauptmann George, der Vorsitzende der Abnahmekommission, gab sein Ehrenwort, daß weder er noch seine Gefährten irgendwelche Beobachtung betreffend die nationale Verteidigung gemacht hätten.

Unter diesen Umständen kam man überein, das Luftschiff sogleich abfahren zu lassen, was wegen einer möglichen Sabotage sehr dringend erscheint. Dann werden die Offiziere mit der Eisenbahn von einem Sonderkommissar bis zur Grenze bei Arvicourt geleitet. Der Zwischenfall ist damit abgeklungen.

Meß, 4. April. Das Luftschiff Z. 4 hat um 3 Uhr nachmittags die Grenze bei Moncel s. Seille überflogen, schwebte um 4 Uhr über der Luftschiffhalle bei Frescaty unweit Meß und landete gegen halb 5 Uhr.

Die Reform der deutschen Diplomatie.

Berlin, 4. April. Die Budgetkommission des Reichstags behandelte die Frage der Vorbildung unserer Diplomaten. Der Referent beklagte den häufigen Wechsel der hier in Frage kommenden Beamten und wünschte eine Besserung des Nachrichtenwesens für das Ausland, um den unwahren Prestigeberichten daselbst besser entgegenzutreten zu können. Staatssekretär v. Jagow führte daraufhin aus: Er mache darauf aufmerksam, daß man kaum die Bezüge der jüngeren Beamten verbessern, die der Missionen aber ohne Erhöhung lassen könne. Fast kein Missionen sei gegenwärtig in der Lage, ohne eigenes Vermögen seinen Posten zu versehen. Eine allgemeine Aufbesserung würde aber sehr erhebliche Mittel erfordern. Nichts könne ihm ferner liegen, als der Wunsch, die Diplomatie zu einer Domäne der Autokratie werden zu lassen. Einem jedem Talent müsse der Weg zu ihr offen stehen.

Eine endgültige Weigerung zu dieser Frage bezieht sich der Staatssekretär für später vor. In keinem anderen Lande seien so viele aus der Konsulatskarriere hervorgegangene Beamten in diplomatischen Posten verwendet worden, wie in Deutschland. Von den 89 Vorkräften, Gesandtschaften und Ministerresidenturen seien vierzehn mit Herren aus dem Konsulatsdienst besetzt. Die neuen Bestimmungen für die Anwärter der diplomatischen Laufbahn trügen dem Bedürfnis handelspolitischer Vorbildung weitgehend Rechnung. Abschließende Erfahrungen

lagen zwar nicht vor, der vorläufige Eindruck sei aber befriedigend. Einen häufigen Wechsel auf den diplomatischen Posten verfolge auch er; im allgemeinen wäre es zweckmäßig, daß die jüngeren Herren möglichst viel in der Welt herumkommen, die Missionen dagegen möglichst lang auf ihren Posten bleiben, um sich auf ihnen einzuleben.

Aus dem reichsländischen Parlament.

Die zweite Lesung des Etats wurde in der Zweiten Kammer des reichsländischen Landtags beendet. Nach der 'Wasserbaubehaltung', speziell bei dem Titel 'Häufiger Kanal', kam am Schluß der Sitzung der kaiserliche Gnadenfonds zur Beratung und Abstimmung. Das Ergebnis war bei der ersten Abstimmung durch Aufheben der Hand zweifelhaft, worauf der Präsident zur namentlichen Abstimmung schritt. Verschiedene Vertreter des Zentrums verließen vor der Abstimmung den Saal. Die Abstimmung hatte das Resultat, daß der Gnadenfonds mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde.

Annahme des Gotthardvertrages im Nationalrat.

Bern, 4. April. Der Nationalrat hat in seiner heutigen Sitzung den Gotthardvertrag in namentlicher Abstimmung mit 108 gegen 77 Stimmen ratifiziert. Der Ständerat wird den Vertrag in der nächsten Woche erörtern. In der letzten Sitzung sprachen noch mehrere Redner. Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Verschiebung zum Zweck neuer Verhandlungen und auf Unterstellung unter die Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei der endgültigen Abstimmung waren Gegner der Ratifikation die Demokraten und die Sozialdemokraten, die meisten Vertreter der westlichen Kantone ohne Unterschied der Partei, sowie der größte Teil der katholischen und protestantischen Konservativen und endlich einige unter der freisinnigen Mehrheit. Dafür stimmten alle Freisinnigen der deutschen Kantone, des Kantons Tessin, sowie Konservative aus den Kantonen der Gotthard-Linie.

Neue Taten der englischen frauenrechtlerinnen.

London, 4. April. Angesichts der von den Anhängerinnen des Frauenstimmrechts ausgestoßenen Drohungen werden die Eisenbahnlinien bewacht. Trotzdem ist ein Teil des Bahnhofes Dred in der Grafschaft Sussex durch eine Explosion zerstört worden und ein anderer Anschlag in der Grafschaft Lancashire vorgekommen, wo in einem Leerzug eine eiserne Schachtel explodierte und einen Wagen sowie einen Waggon zerstörte.

Der Balkan-Konflikt.

Der Kampf um Skutari.

London, 4. April. Die 'Times' berichten von vorgestern aus Cetinje, daß das Gesand am vorigen Montag am Taraboch, das man für den Anfang eines allgemeinen Angriffs auf Skutari hielt, anscheinend nur ein vereinzeltes Schärmittel war. Es herrschte der Eindruck, daß die Montenegriner eine starke Schlappe erlitten haben. Man wartet jetzt mit weiteren Angriffen, bis die eingetroffenen serbischen Verstärkungen von 12 000 Mann, darunter Artillerie, gefechtsbereit sind. Die drohende Flottenemonstration der Mächte macht auf die Bevölkerung keinerlei Eindruck und man beharrt bei dem Verlangen, Skutari zu erobern.

Die Flottenkundgebung gegen Montenegro.

Wien, 4. April. Die 'Neue Freie Presse' meldet aus Cattaro: In der Richtung auf Antivari sieht man die

Kriegsschiffe der Rundgebungsflotte. Es sind 12 große Einheiten, davon in der ersten Reihe die 6 österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe, in Keilform aufgestellt, von der Torpedoflotte umgeben. Die zwei italienischen Kriegsschiffe sind mehr gegen Süden zu verankert, neben ihnen befinden sich 3 Torpedoboote. Weiter entfernt sieht man noch vier andere Kriegsschiffe, von denen man aber die Farbe nicht unterscheiden kann. Aus allen Schloten steigt dichter Rauch. Das Kriegsschiff Radecky verließ um 10 Uhr die Formation und kreuzte längs der albanischen Küste mit großer Geschwindigkeit mit den Torpedobooten manövrierend und verständig am Horizont. Die übrigen Kriegsschiffe blieben zurück.

Russische Hilfe für Montenegro?

Wien, 4. April. Die Blätter besprechen in erster Reihe die Nachricht, daß ein russisches Schiff in Antivari Kriegsmaterial auslade, und erbilden hierin eine, wenn auch nicht offizielle Beteiligung Rußlands an dem Widerstand Montenegros und Serbiens gegen die Beschlüsse Europas, denen die russische Regierung doch zugestimmt habe. Die Presse verlangt energisch Aufklärung vom Petersburger Kabinett und betont, daß der Versuch einer russischen Zwiefältigkeit in der Frage von Skutari dem Frieden Europas Schaden müsse. Die Blätter treten einstimmig dafür ein, daß Skutari unter allen Umständen, so wie es Europa beschlossene habe, albanisch werden muß. Nötigenfalls, wenn es nicht mit Europa sei, dann ohne Europa. Die Monarchie werde, wenn sie auf ihrem Willen beharre, auch nicht allein sein.

Wasserstand des Rheins.

5. April.

Schifferinsel 1.75 m, gef. 2 cm, Rehl 2.72 m, gef. 4 cm, Maxau 4.20 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.52 m, gef. 2 cm.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei und Zeitungs-Nachrichten: Wilhelm Käß; für Gewerkschaftliches, Sozialdemokratisches, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Käß; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Feuilleton: Hermann Winter; für die Inserate: Karl Siegl, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Montag, 7. April, abends präzis 7/8 Uhr: Singstunde. Von 1/10 Uhr ab: Mitgliederversammlung mit äußerster Tagesordnung. Sämtliche Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. Karlsruhe-Mühlburg. (Bruderverein.) Samstag abends 7/8 Uhr: Zusammenkunft des gemischten Chors zwecks Ehrung eines Mitgliedes. Sonntag nachmittags 1/3 Uhr: Ausflug beider Chöre nach Ettlingen. Treffpunkt alter Wehlach. Karlsruhe. (Gesangsverein 'Harmonie'.) Heute abends 9 Uhr: Zusammenkunft im Lokal aus besonderem Anlaß. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vorstand. Karlsruhe. (Gesangsverein 'Gleichheit'.) Sonntag, 6. d. Mts.: Zusammenkunft im Lokal um 1/8 Uhr betr. Mitwirkung beim Radfahrer-Verein 'Solidarität'. 210. Bruchsal. (Sozialdem. Verein.) Heute abends 7/8 Uhr, in des 'Fals': Generalversammlung. 208. Walsch. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 5. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal Wahlvereinsversammlung statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Verwaltung. 211.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstr. 24.

'Das intime Buch der Frau', ein Führer durch das Eheleben. Preis 2 Mk. — 'Mein intimer Briefwechsel'. Preis 1.50 Mk. Porto nach auswärts 20 Pfg. Soeben erschienen: Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1911. Preis 3.40 Mk. Porto 30 Pfg.

Verhalten bei Gasausströmungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Raum, in welchem es nach Gas riecht, mit brennendem Licht betreten werden darf, gleichgültig, ob im Hause Gas eingedrungen ist oder nicht. Brennende Lichter und Feuerungen sind bei auftretendem Gasgeruch zu löschen. Auch müssen sofort die Fenster und Türen geöffnet und dadurch für ausgiebige Lüftung gesorgt werden. Insbesondere darf kein Lokal, in welchem Gasgeruch wahrgenommen wird, zu längerem Aufenthalt für Personen, namentlich zum Schlafen, benützt werden. Sofern sich die Ursache des auftretenden Gasgeruches nicht sofort erkennen und beseitigen läßt, ist umgehend das Stadt-Gaswerk I, Kaiserallee 11, Telefon 347 (Anschluß auch über das Rathaus), zu benachrichtigen.

Bei Unfällen ist streng darauf zu achten, daß nach Abnahme der Leuchtungskörper die Decken- und Wandscheiben durch eingeschraubte Verschlusskappen oder Stopfen ordnungsgemäß verschlossen werden. Der Verschluss mittels Papier- und Korkstopfen ist unzulässig und gefährlich, weshalb wir dringend hieron warnen.

Karlsruhe, den 22. März 1913. 6230

Städtisches Gaswerk.

Quielamalz. Für kranke und junge Gesunde gibt Jugendkraft und Frische. Wohl bekanntheit! Preis 1.00. Verlangen Sie Quielamalz in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, schreiben Sie an Quieta-Werke :: Bad Dürkheim

Färberei und chem. Waschanstalt. Telefon 1953 D. Lasch Telefon 1953. empfiehlt sich für die Frühjahrs-Saison. im Färben und Reinigen aller Art Gegenstände von den einfachsten bis feinsten Herren- und Damengarderoben, unter Zusage prompter Bedienung und tadelloser Ausführung bei mässigen Preisen. Läden: Solfenstr. 28, Ludwigsplatz 40, Kaiserstr. 40, Georg-Friedrichstr. 23, Marienstr. 45, Kaiser-Allee, Ecke Körnerstr. Rheinstr. 25, Kriegstr. 174, Augustastr. 13, Durlach, Hauptstr. 50. Rabattmarken. 50

J. Blum's Zug- und Stuvorrichtung mit 2 Stangen f. Vorhänge u. 3 Stang. f. Stör u. Vorhänge fertig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen. Polierte Holzgalerien in allen Längen Solide und dauerhafte Ware Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preislisten gratis. Nur bei J. Blum, Schützenstr. 49. 100 Rabattmarken.

Mauzarde möbl. zu mieten gesucht. Näheres Luisenstr. 52, P. 1. Stuhlflächerei K. Laninger, Marienstr. 75, 4.

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H. Am Samstag den 5. April, abends 8 Uhr, findet in 'Hotel Nowad' unsere ordentl. Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorstandes mit Vorlage der Bilanz, Gewinn- und Verlustkonto (diese kann in unseren Geschäftsräumen eingesehen und in Empfang genommen werden). 2. Bericht über die gemäß § 53 des Gen.-Gesetzes vorgenommene Geschäftsprüfung. 3. Bericht des Aufsichtsrats mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Vortrag zur Verteilung des Reingewinnes. 5. Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern. 6. Ausschluß jäumiger Mitglieder. 7. Behandlung etwaiger Anträge (solche müssen bis Montag den 1. April beim Vorstand eingereicht sein). Karlsruhe, den 22. März 1913. Der Vorstand. NB. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Ausweis gestattet.

Anleihe der Stadt Karlsruhe. Mit Zustimmung des Bürgerausschusses und Stadtratsnehmung wurde beschlossen, für die Stadt Karlsruhe eine Anleihe von 7 000 000 Mark aufzunehmen. Die Anleihe soll zur Deckung der Kosten verschiedener bereits genehmigter städtischer Unternehmungen dienen und in 40% Schuldverdreifachungen auf den Inhaber ausgegeben werden. Sie ist bis 1. Februar 1918 unfindbar und wird vom Jahre 1918 an innerhalb 37 Jahren heimbezahlt. Interessenten für die Uebernahme der Anleihe erhalten die näheren Bedingungen auf Verlangen zugesandt und werden ersucht, ihre Angebote bis spätestens Freitag den 11. April d. J., vormittags 11 Uhr, schriftlich und verschlossen hier einzureichen. Karlsruhe, den 3. April 1913. Der Stadtrat: Dr. Kleinschmidt.

Schillerstrasse Goethestr. Elite-Pro... Samstag, den Montag, den Von 2 bis 6 Uhr Kinder-V... Ab 6 Uhr Zut... Erwach... Wochen... Beste Tages... Ereign... Ohne Entföh... es nicht. Die heilig... Dramatische I... dem türkisch-K... Krieg... Böse B... (Streich). Version der... Moritz-Str... Lasst die... ruhe... tischer Schüt... gelte einer bli... 5 Akten. In... betzt von Rude... Berlin Besch... wüdes wird ein... Ankehr halten... wehst u. nachd... die Tragik de... Schreibmas... gesucht. Hu... Die Anlage auf... Wunsch der F... Königin Loise... teilung... Aus Prei... schwere... in der Haupt... Hanna Arnstäd... Schenkspielha... weitere Einlag... Platz vorh... usgehämm... zu höchster... Will Gattner,

Anzüge u. Paletots in modernen Formen



Herren-Anzüge

Sacco-Anzüge
aus braunen und grauen Buksins, in I-reihiger Form, gute Verarbeitung
Mk. 19⁷⁵ 24⁰⁰ 27⁰⁰ 29⁰⁰ bis 34⁰⁰

Sacco-Anzüge
in I- und II-reihiger Form, in aparten neuen Mustern
24⁰⁰ 27⁰⁰ 29⁰⁰ 32⁰⁰ 34⁰⁰ 37⁰⁰ 40⁰⁰ 44⁰⁰

Sacco-Anzüge
feinste Qualitäten in modernen Formen, I- und II-reihig
44⁰⁰ 47⁰⁰ 52⁰⁰ 58⁰⁰ 65⁰⁰ bis 98⁰⁰

Herren-Paletots

Dunkle Paletots
aus Cheviots oder Kammgarn, mit Serge und Seidenfutter
Mk. 24⁰⁰ 29⁵⁰ 33⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ bis 95⁰⁰

Covercoat-Paletots
Mk. 39⁰⁰ 90⁰⁰

Herren-Ulsters

Besonders chic und unübertroffene Passform in I- und II-reihiger Form
29⁵⁰ 33⁰⁰ 36⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ 49⁵⁰ 60⁰⁰ bis 90⁰⁰

Spiegel & Wels

Erstes Spezialhaus für fertige Herren- und Knaben-Kleidung.

Metropol Theater

Schillerstrasse 22, Ecke Goethestrasse.
Elite-Programm von 213
Samstag, den 5. bis inkl. Montag, den 7. April.
Von 2 bis 6 Uhr Familien- und Kinder-Vorstellung.
Ab 8 Uhr Zutritt nur für Erwachsene.
Wochenschau
Neueste Tages- und Welt-Ereignisse.
Ohne Entföhrung ging es nicht. Humorvoll.
Die heilige Fahne
Dramatische Episode aus dem türkisch-bulgarischen Kriege.
Böse Buben
(A. Streich). Eine humor. Version der Max und Moritz-Streiche.
Lasst die Toten ruhen
Die tieferschütternde Tragödie einer blinden Liebe in 3 Akten. In Szene gesetzt von Rudolf Meinert, Berlin.
Jeder Beschauer dieses Bildes wird ein Stündchen Dankbar halten mit sich selbst u. nachdenken über die Tragik des Daseins.
Schreibmaschinistin gesucht. Humoristisch.
Einlage auf vielseitigen Wunsch der Film von der Königin Luise, die 2. Abteilung:
Aus Preussens schwerer Zeit
In der Hauptrolle Fräulein Arnstadt v. Königl. Schauspielhaus Berlin.
Weitere Einlagen soweit Platz vorhanden.

Wirtschaftsverlegung und Empfehlung.
Dem geehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur gefö. Kenntnisnahme, dass wir die Wirtschaft zum „Viktoria-Garten“ verlassen und die Wirtschaft

Alte Brauerei Kammerer

Waldhornstrasse, Ecke Kaiserstrasse

übernommen haben.
Für das uns in unserem seitherigen Geschäfte entgegengebrachte Wohlwollen danken wir bestens und bitten unsere geehrten Gäste freundlichst, uns in unserem jetzigen Betriebe ebenfalls unterstützen zu wollen. 218
Unser Geschäftsprinzip wird nach wie vor sein, unsere werten Gäste in jeder Beziehung aufs beste zu bedienen.
Mit aller Hochachtung
Anton Schleicher und Frau.

Badische Jubiläums-Ausstellung Karlsruhe 1913.

Für die Ausstellungen, welche die Stadt Karlsruhe zur Feier ihres 200-jährigen Stadt-Jubiläums veranstalten wird, werden zwei Wettbewerbe für künstlerische Plakate ausgeschrieben und zwar:

Ein Plakat für die gesamte „Badische Jubiläums-Ausstellung (B. J. A.)“ für Industrie, Handwerk und Kunst“ und ein besonderes Plakat für die „Große Kunstausstellung“, welche innerhalb des gesamten Ausstellungsplanes eine selbständige Abteilung bilden wird.
Für jeden dieser beiden Wettbewerbe, zu denen nur in Deutschland ansässige Künstler zugelassen sind, werden 3 Preise ausgesetzt, und zwar jeweils ein 1. Preis von 1500 Mark, ein 2. Preis von 800 Mark, ein 3. Preis von 400 Mark.
Einfichtleistungstermin ist der 1. Juni 1913.
Das Preisgericht setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadt und des Künstlerausschusses der Jubiläumskunstausstellung. Formulare mit den näheren Bedingungen sind von dem Hauptsekretariate der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe i. B. zu erhalten. 138
Karlsruhe, den 1. April 1913.
Der Stadtrat.
Siegriß Ladner.

Schulranzen
Schulmappen
Schultaschen
Leder-Ranzen
von Mk. 4.50 an.

Kofferhaus
Geschw. Lämmle
51 Kronenstr. 51.
Tel. 1451. — Rabattmarken.

Schlafzimmer
wenig gebraucht, sowie eine Kücheneinrichtung, wenig gebraucht, billig zu verkaufen.
Heinrich Karrer,
Philippstr. 19. 216

3 junge schwarze Pudel
edler Abstammung, eingetragten in F. P. J. D. hat zu verkaufen
J. Stahlberger, Sreifeur
Durlach, Hauptstr. 51.

Gute Kapitalanlage!
6000000.- Mk.
mündelsichere
4% Emscher Gen.-Anleihen
à 95 1/2 Mk. 100.-
in Stücken von Mk. 500.- an werden zur Zeichnung aufgelegt. Anmeldungen hierauf nimmt vor dem 9. ds. Mts. entgegen, ebenso alle bankgeschäftlichen Aufträge 202

Carl Götz,
Bankgeschäft,
Karlsruhe, Hobeistrasse 11.
Starkes Fahrrad, noch sehr halten, zu 18 Mk. abgegeben. 208
Veitshenstr. 16, p. I.
Schöne Thür. Schränke 16 u. 25 Mk., pol. Kommode 18 Mk., Chatelouque 18 Mk., pol. Bett 25 Mk., Sofa, Waschtisch, Spiegel, Tisch, sehr billig. 215
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.
Kinderfahrgewagen, gut erhalten, ist für 6 Mk. zu verkaufen.
Dorotheastrasse 14.

Extra-Angebot.
Anzüge von 6.- Mk. an, Heberzieher 3.-, sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Wehzeug, laufen Sie immer billigst bei 3298
Arnold Schab, Jähringerstrasse Nr. 38.

Reisekoffer, Reisekörbe, Schiffs-koffer, Handtaschen, Handkoffer, Kofferhaus Gesch. Lämmle
51 Kronenstrasse 51.

Maschinenschriftliche Dervielfältigungen
aller Art schnell und zuverlässig
4237 **Neißenstrasse 3, 2. Et.**
Fernsprecher Nr. 3423.

Ziege, gute, Fröling, mit oder ohne Junge, hat zu verkaufen **Adolf H., Maurer, Stellungsmweier.**

Haut-Bleichercreme

„Chloro“ bleicht Gesicht u. Hände in kurzer Zeit rein weiß. Beseitigt erprobt. ungeschönl. Mittel geg. ungeschönl. Hautfarbe, Sommerproben, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Enth. „Chlorocreme“ Tube 1.-, Wirkam unterföhrt durch Chloroseife 50 g vom Laboratorium „Des“, Dresden 2. Gehöflich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
In Karlsruhe: G. Roth, Hofdrog., Drog. W. Schermering, Amalienstr. 19

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geburten vom 27. März bis 2. April: Willy Gustaf Josef Hermann, B. Bernh. Diebold, Bahnarb.; Verla Elsa Paula, B. Karl Paul Pfäffle, Schlosser; Franziska Luise, B. Bius Händel, Bahnarb.; Gertrud, B. Peter Röh, Tagl.; Elisabeth, B. Karl Hörnel, Briefträger; Hans Herbert Albin, B. Albin Müller, Schreiner; Albertine Mina, B. Josef Saas, Polier; Franziska Margarete, B. Georg Weider, Weichenwärter; Heinrich Josef, B. Heinrich Jörret, Bädermeister; Wilhelm, B. Jos. Ristner, Schlosser; Erna Rosa, B. Albert Gahner, Hausdiener; Erich Otto, B. Gust. Jacob, Registrator; Hubert Friedrich Philipp Heinrich, B. Jakob Mübinger, Hauptlehrer.
Eheaufgebote. 2. April: Felix Sid von Niedlingen; Schreiner hier, mit Verla Goll von Salach; Friedrich Deutsch von Freiburg, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Preiß von Oberreintriet; Max Neumann von Lauban, Ingenieur in Magdeburg, mit Luise Ufer von hier; Aug. Hofmann von Würzburg, Fabrikarbeiter hier mit Pauline Höler von hier; Moriz Vogel von Weisheim, Kutsher hier, mit Friederike Schöch von Mainhardt; Adolf Köhler von Lichtenau, Damenschneider hier, mit Sofie Pfeginger von Lichtenau; Franz Sohn von Ehlingen, Tagelöhner hier, mit Sofie Drilke von Augsburg; Andreas Hoferer von Weidenbach, Korrier hier, mit Anna Umler von Oberflachs.
Todesfälle vom 31. März bis 3. April: Gustaf Schulz, Gemann, Blechner, alt 24 J., Gottfried Franz, Gemann, Landwirt, alt 42 J., Friedrich, Sohn des Milchhändlers Friedr. Geig, alt 1 Mt. 21 Tg., Luise, Tochter des Gasarbeiters Karl Hartmann, alt 1 J. 3 M. 18 T., Rosa, Tochter des Schuhmachermeisters Jakob Vogt, alt 2 M. 7 Tage, Frieda, Tochter des Geizers Adolf Höler, alt 8 Monate 14 Tage, Luise Föhler, Ehefrau des Wagnermeisters Karl Föhler, alt 37 Jahre, Käthen, Tochter des Maschinenergehilfen Karl Kilian, alt 1 Jahr 2 Monate 14 Tage, Johanna Pfister, ledig, Erzieherin, alt 33 Jahre, Sofie Sand, Ehefrau des Maurers Karl Sand, alt 33 Jahre,

Extra-Preise für Handschuhe : Strümpfe Schürzen : Modewaren

Strümpfe

Serie I, schwarz u. braun, Baumwolle, nahtlos
Gr. 1-4 5-8 9-12
Paar 95^{,-} Paar 95^{,-} Paar 68^{,-}

Serie II, schwarz und braun Maccogarn, kräftiger Schulstrumpf
Gr. 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11
Paar 54 65 78 85 98 1.05 1.15 1.25 1.35 1.45

Sweater

Serie I, gute Qualität in marine und rot, Länge 40 bis 50 cm. 95^{,-}
Serie II, solide Qualität, in hübschen Farben, Länge 40 bis 50 cm. 1.25
Serie III, la. Qualität, apart gemusterte Dessins, Länge 40 bis 45 cm. 1.85

Schürzen

Kinderschürzen aus gutem Siamosen, mit Kimonoärmeln und hübscher Garnitur, Grösse 45 bis 90 Stück 1.10
Kinderschürzen, moderne türkische Dessins apart garniert
Gr. 45-50 55-60 65-75
95^{,-} 1.15 1.35

Reformschürzen, weit geschnitten, mit Volant 1.10
Bundschürzen mit Volant und Tasche 1.20 1.10
Blusenschürzen, hell und dunkel gemustert, mit apart. Besatz 1.45 1.25 1.15
Tändelschürzen apart gemustert 95^{,-}
Tändelschürzen, weiss, mit Träger und reicher Stickerei 1.45 1.10 95^{,-}

Handschuhe

Trikot und Jacquard in allen Farben Paar 28^{,-}
Trikot mit 2 Druckknöpfen, moderne Farben Paar 45^{,-}
Im. Dänisch, besonders solide Qualität Paar 58^{,-}
Trikot, aparte Strassenfarben Paar 85^{,-}
Rundstuhl, eleganter Uebergangshandschuh Paar 1.20
Halbseide, vorzüglicher Sitz Paar 1.45

Russenkittel

gute waschbare Qualitäten, in gestr. Siamosen und Satin-Augusta

Serie I	II	III	IV
75 ^{,-}	95 ^{,-}	1.15	1.35

Modewaren

Jabots, Tüll und Batist, moderne Fassungen
Serie I 68^{,-} Serie II 85^{,-}

Spitzenkragen, weiss und crème, Spädel, hübsche Neuheiten
58^{,-} 68^{,-} 85^{,-} 1.15

Waschblusen

aus gutem Batist, mit breiten Stickerei- oder Klöppel-Einsätzen eingeteilt in 4 Serien

Serie I	II	III	IV
1.15	1.95	2.95	3.90

Paul Burchard, Kaiserstr. 143.

Waldstr. 16/18. **Colosseum** Telefon 1938.

Job's lustige Bühne

Morgen Sonntag, den 6. April, 2 grosse Vorstellungen.

Nachm. 4 Uhr, Eine nette Verwandtschaft! Schwank in 2 Akten.	Abends 8 Uhr, Einziges Sonntagsauf- führung von 199 Der Mann mit dem Fimmel!
---	--

Ab Mittwoch den 9. April **? Schieber ?**

Lachen! Jubeln! Lachen!

Soziald. Partei Karlsruhe.

Sonntag den 6. April, vormittags 10 Uhr, findet im Kolosseum, Waldstraße 16, eine

Öffentliche Volksversammlung

statt. Herr Landtagsabgeordneter und Redakteur Wilhelm Kolb, wird über den

Rüstungswahnsinn

sprechen.

Bürger und Arbeiter! Wir fordern euch auf, in Massen Protest einzulegen, gegen die militärische Riesenlast, wie sie jetzt dem deutschen Volke abermals aufgebürdet werden soll.

Auf zum Proteste ins Kolosseum!

Der Vorstand.

Große Posten bessere

Herrenkleiderstoff-Resste

sowie **Loden- und Costüm-Resste**

sind enorm billig abgegeben.

Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch
Ede Kaiser- und Streuzstoffe
Eingang bei der kleinen Straße

Sportwagen, gut erhalten, preiswert abgegeben. Rüppurrstr. 24, 1.

Schürzen für Kinder, Schürzen für Mädchen, Schürzen für Frauen. Riesige Auswahl im Kaufhaus Zapf, Zell a. N. Stets Neuheiten am Lager. Enorm billige Preise.

Gasthaus zur „Sonne“ in Ettlingen.

Ettlingen, den 1. April 1913.

Dem verehrlichen Publikum von Ettlingen und Umgebung, sowie meinen sehr geschätzten zahlreichen Gönnern und Freunden mache ich hiermit die Mitteilung, dass ich unterm Heutigen das renommierte

Gasthaus zur Sonne

übernommen habe.

Durch eine reichhaltige Auswahl **vorzüglicher warmer und kalter Speisen**, durch meine beliebten **Schlachtplatten**, sowie den Ausschank nur **reiner selbstgezogener Weine** und der als erstklassig allgemein bekannt und beliebten **MONINGER BIERE** werde ich mir die höchste Zufriedenheit meiner verehrten Gäste stets zu erhalten suchen. 203

Insbesondere empfehle ich auch den titl. Gesellschaften und Vereinen meine **Säle**, die **Gartenwirtschaft** und **Kegelbahn** zur Benützung und wird es stets mein Bestreben sein, den Aufenthalt in meinen Räumlichkeiten Jedermann aufs Angenehmste zu gestalten.

Hochachtungsvoll

Fritz Furrer, Metzger und Wirt
früher zum „Hirsch“ in Rüppurr.
Jeden **Mittwoch Schlachttag.**
Metzgerei mit elektrischem Betrieb.

Feste Anstellung! Hoher Verdienst

bei täglicher Auszahlung.

Wir suchen überall **tüchtige Kaufleute** sowie intelligente, redegewandte **Handwerker Landwirte** usw., die sich als **Reisende** zum Vertrieb eines leichtverkäuflichen **Massen-Konsum-Artikels** eignen, den jeder einzelne **Bierbe- und Fuhrwerks-Besitzer, Landwirt usw.** tagtäglich braucht.

Erfahrungreiche Offerten mit Rückporto sind zu adressieren an:

Deutsche Pirolin-Industrie Mannheim.

Gesucht. Schlosser

sucht
Maschinenfabrik Ettlingen, e. G. m. B. & Co.
in Ettlingen. 155

Jahres-Fest.

Die Loge Refugium des I. O. G. T. Nr. 106 in Karlsruhe feiert am 6. April 1913, nachmittags von 4 Uhr ab, im Reformrestaurant Kirsten, Kaiserstrasse 58, ihr

3. Jahres-Fest

mit Vortrag, Deklamationen, Musik-Vorträgen etc. Freunde und Gönner der Enthaltensamkeitssache sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

ELDORADO

im **Apollo-Theater, Marienstrasse**
vom 5. bis 8. April 1913.

Riesen-Programm mit 18 Prachtnummern.

Darunter 193

Die Dame in weiss

spannendes Drama in 2 Akten.

Städtisches Pierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abend von 6 bis 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 7 1/2 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2 5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 1/2 8-12 Uhr. Auch über Mittag geöffnet.

Residenz-Theater
Waldstr. 30.

Ununterbrochen Vorführungen von nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.

Vornehmstes und elegantestes Unternehmen am Platz. — Gens zu diesem Zwecke erweist An Nachmittagen und Vorabenden Rendezvous aus der Gesellschaft.

Programm
NUR für Samstag 5. bis Dienstag 8. April 1913.

Die Studentin

Sitten-Drama aus der russischen Gesellschaft.

Der Filmkönig Max Linder
spielt wieder in Max als Wohltäter.

All Heil! Drama.

Der Cowboy sucht Engagement. Komödie.

Gebrüder Vewens. In diesem Film eine Künstlerstärke, die alles Ueberbietet. Gewesen weit übertrifft.

Das Alarmsignal. Drama.

Die verirrte Einladung. Kostliche Humoreske.

Verräterin
Dramatische Kriegsspielerin mit **Asta Nielsen-Gad** königl. dänische Hoftheater spielerin in der Hauptrolle.

Arbeiter! Antiiert für den Volksfreund.

zusammen
55 5;
m
De
berufen
politisch
sich, da
soziald
Bürdi
ohne
Prob
De
Bemer
rechtfert
intern
jelbe d
Wehrv
hinter
ist, hal
durch d
europä
Militär
Zeit u
len Br
punkt f
der M
hauptie
Demokr
fannten
Reform
zielen, i
entschied
desboten
über ei
Jahre 1
stärke f
dieselbe
berigen
„Schöbe
brauchen
„Bad. A
treiber
durchf
Und
Köhlerg
das he
Reichsre
zur Evi
tung zu
darauf
immer r
dem W
ben und
lem W
vom Do
schrittli
lichen B
gierung
Rüstung
und in
erfolgrei
„Notwen
positionen
Der „ge
son der
jedes en
der „Kar
Und mit
Berichtl
m e e f o
Man
Landes
führen.
immer ti
ches heut
feinen
Zwif
lutarismus
National
griffe, di
mein hal
läßt sich
Demokrat
welchen d
trafie ni
nichts an
nalen“ P
Robin de
jährliche
in „natio
Ban dem